

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Wieder: „Selm ab zum Gebet“?
Nein: Protest auf der Domplatte!



Fotomontage: Arbeiterfotografie Köln

Am 22. Januar 1998 werden wir vor dem Kölner Dom ab 7.30 Uhr demonstrieren, parallel zum Soldatengottesdienst.

Anschließend ziehen wir zum Wallraf-Platz, wo gegen ca. 10 Uhr die Abschlußkundgebung stattfindet. Zu uns sprechen wird Professorin Dr. Dorothee Sölle.

S. 14



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Kurdische Bootsflüchtlinge	3
Prozeß gegen früheren ERNK- Europasprecher begann	3
§ 218: Claudia Noltes „Vorstoß“ ..	4
Alteigentümer: Auftrieb durch CSU?	5
Sonderrecht gegen DDR-Juristen ..	5
Fragezeichen um deutsch- tschechischen „Zukunftsfonds“ ...	6
Rekord beim Export in Sicht	6

Auslandsberichterstattung

Frankreich: Arbeitslosen- demonstrationen	8
Italien: Linke Tageszeitungen im schweren Fahrwasser	9
Congo: Die neue Republik entwickelt sich undemokratisch ..	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Bundeswehr: Der Griff nach Kaliningrad-Königsberg	13
Köln: Protest gegen Soldaten- gottesdienst	14
Mittenwald: Bürgermeister hetzt gegen Zeitzeugen	15
Dresden: NPD/JN formiert sich in Sachsen	15
Berlin: Liebknecht-Luxemburg- Ehrung	16
„Freiheit stirbt mit Sicherheit“ ..	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
IG Metall: Vorstand irgendwie für rotgrün – was ist mit der Tarif- politik	19
Streik der ostdeutschen Stahl- arbeiter?	19
Telekom: Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Beschäftigten ..	20

Diskussion und Dokumentation

Reicht der Lohn zum Leben?	22
Diskussionsbeitrag: Warum werden Jugendliche kriminalisiert	24
Zum Fall des „schönen Toni“	25

Letzte Seiten

Gespräch mit dem Spanienkämpfer Heinz Priess	26
---	----

Termine	28
---------------	----

**AKTUELL IN BONN LÄNDERFINANZ-
AUSGLEICH:** Der Streit über den
Länderfinanzausgleich eskaliert.
Was zunächst wie ein isolierter Vor-
stoß der CDU- und CSU-regierten
reichen Südländer Baden-Württem-
berg und Bayern aussah, ist inzwi-
schen eine breitere Attacke gegen Fi-
nanzhilfen für arme Bundesländer ge-
worden. Auch die rot-grün-regierten
Bundesländer NRW und Hessen fordern
eine Änderung des Ausgleichssystems.
„Der Länderfinanzausgleich nivelliert zu
stark“, polemisierte Hessens Minister-
präsident Eichel gegen die Ausgleichs-
zahlungen an finanzschwache Länder.
Außer diesen vier Ländern ist nur noch
Hamburg ein „Nettozahler“. Die Emp-
fängerländer Brandenburg, Mecklen-
burg-Vorpommern, Schleswig-Holstein,
Berlin und Sachsen-Anhalt u.a. lehnen
dagegen eine Neuordnung strikt ab. Die
baden-württembergische Landesregie-
rung hat angedroht, wenn bis März kei-
ne einvernehmliche Änderung erzielt sei,
werde sie vor dem Verfassungsgericht ge-
gen das bisherige System des Finanzaus-
gleichs klagen.

CDA CONTRA BDI: BDI-Chef Henkel,
der sich in seiner Zeit als IBM-Chef schon
als Tariffrecher bundesweit hervorgetan
hatte, dessen zweite Amtszeit im BDI we-
gen des Verdachts der Beteiligung an
Steuerbetrügereien lange auf der Kippe
stand, der dann kurz nach seiner Wieder-
wahl mit rechtsradikaler Kritik am Fö-
deralismus in der BRD von sich reden
machte, ist nun selbst der notorisch un-
ternehmerfreundlichen Christlich-De-
mokratischen Arbeitnehmerschaft zu
weit gegangen. Nachdem Henkel in ei-
nem Interview den breitflächigen Bruch
von Tarifverträgen im Osten den west-
deutschen Unternehmen zur Nachah-
mung empfahl, forderte der Vorsitzende
der CDA-Gruppe im Bundestag, Vogt, den
Rücktritt Henkels. Zuvor hatte schon Ar-
beitsminister Blüm den BDI-Chef ange-
griffen. Auch Heiner Geißler griff den
BDI-Chef an: Seine Aufforderung zum
Tarifbruch sei „nicht die einzige Fehllei-
stung, die er sich geleistet hat“. Der BDI
wies alle Vorwürfe gegen seinen Vorsit-
zenden zurück.

FDP ZERSTRITTEN? Kurz vor dem
Dreikönigstreffen der FDP verstärkten
Meldungen, die FDP liege in den Umfra-
gen unter 5% und werde nach diesen Um-
fragen auch in Niedersachsen und Sach-
sen-Anhalt erneut nicht in den Landtag
kommen, den Streit in der Partei. Die we-
gen der Zustimmung ihrer Partei zum
großen Lauschangriff zurückgetretene
Ex-Justizministerin Leutheusser-
Schnarrenberger und Ex-NRW-Innen-
minister Burkhard Hirsch forderten
mehr „Profil“ ihrer Partei bei Bürger-
rechten. Hirsch kritisierte u.a. die Zu-
stimmung der FDP im Bundestag zur Ab-
schiebung von Kurden und den Verzicht
der FDP auf die Reform des Staatsbür-

gerschaftsrechts. In beiden Fällen hatte
die FDP-Fraktionsführung – teilweise
gegen erhebliche Gegenstimmen in der
eigenen Fraktion – dem innenpolitischen
Kurs von Kohl und Kanther kritiklos Ge-
folgschaft geleistet.

HRG-KRITIK VON RECHTS: Wäh-
rend die anhaltenden Proteste von Stu-
dierenden u.a. eine demokratische Re-
form der Hochschulen verlangen, greifen
die im Deutschen Hochschulverband or-
ganisierten Professoren die im Bundes-
tag liegende HRG-Novelle von rechts an.
So sehe die HRG-Novelle lt. Hochschul-
verband für Professoren in Fragen der
Lehre nur die Hälfte der Sitze in den Ent-
scheidungsorganen vor, das Verfassungs-
gericht fordere aber angeblich eine pro-
fessorale Mehrheit. Das gleiche gelte für
den Passus in der Novelle, der Professo-
ren bei der Bewertung („Evaluierung“) ihrer
eigenen Lehrtätigkeit nur die Hälfte
der Sitze einräume. Schließlich kriti-
siert der Verband, der 16.500 Hochschul-
lehrer vertritt, daß nichtwissenschaftliche
Mitarbeiter in allen Gremien der
Hochschule vertreten sein sollen. Das
Verfassungsgericht habe aber angeblich
1973 diesen Beschäftigten bei For-
schungsfragen „kein Mitspracherecht“
eingeräumt.

CONTRA PFLEGEVERSICHERUNG:
Nach dem FDP-Abgeordneten Kroppe-
lin hat nun auch der Zentralverband des
Deutschen Handwerks eine Senkung der
Beiträge zur Pflegeversicherung gefor-
dert. Da die Versicherung nur sehr schlep-
pend und wenig für Pflegefälle zahlt, hat
sie 9 Mrd. DM Reserven angesammelt.
Laut FDP und ZDH sind aber angeblich
nur 4 Mrd. DM Reserven erforderlich.
Statt die Leistungen der Versicherung
endlich angemessen auszubauen, fordern
FDP und ZDH deshalb eine Senkung des
Beitrags zur Pflegeversicherung von
1,7% auf 1,5%. Auch der sozialpolitische
Sprecher der Union, Louven, fordert ei-
ne „Überprüfung“ des Beitrags.

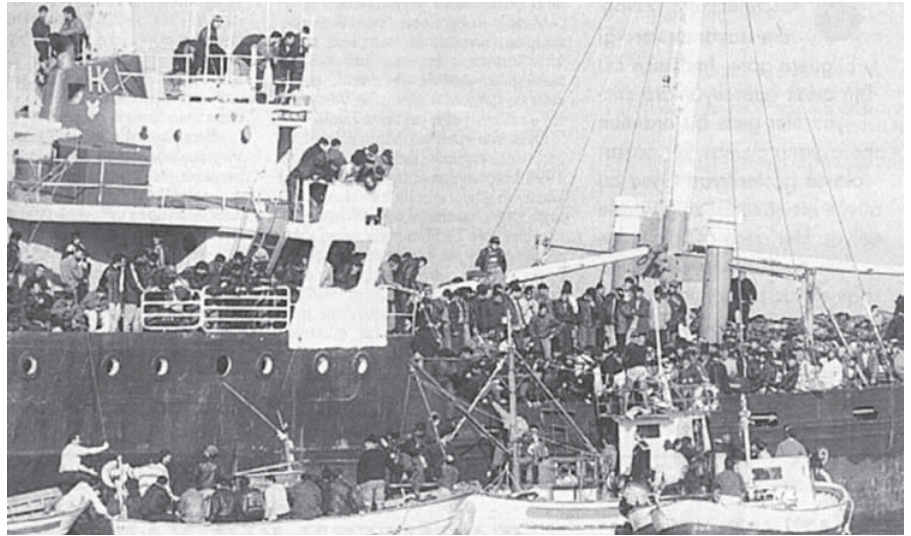
WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am
10./11.1. beraten die Grünen über ihr
Bundestagswahlprogramm. Am 14.1. be-
ginnt der Bundestags-Untersuchungs-
ausschuß über Rechtsradikalismus in der
Bundeswehr seine Arbeit. Der Bundestag
berät Entwicklungspolitik, die Reform
der Wahlkreiseinteilung, Datennetze und
Datenschutz, Hochschulpolitik, Unter-
haltsrecht und einen PDS-Antrag zur
Einführung einer Steuer gegen Spekula-
tionen. Am 15.1. soll der „große
Lauschangriff“ im Bundestag verab-
schiedet werden, danach geht es noch um
die Ergebnisse des Klimagipfels in Kio-
to. Am 17.1. beraten die NRW-Grünen
auf einem Landesparteitag über den Streit
um den Braunkohleabbau Garzweiler.
Am 22.1. beraten die Finanzminister
über „Steuerflüchtlinge“. Am 2. Februar
tagt die Innenministerkonferenz.

Italien für internationale Kurdistan-Konferenz

Der italienische Staatspräsident hat in einer Neujahrsansprache eine internationale Konferenz zur Sicherung der Menschenrechte der Kurden vorgeschlagen. Das stößt unter kurdischen Organisationen auf Zustimmung. Die Europavertreterin der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans S. Kilic hat den Vorschlag unterstützt, von anderen kurdischen Sprechern kommt ebenfalls Zustimmung.

In der Erklärung der ERNK-Sprecherin heißt es:

„Es ist bekannt, daß 825 kurdische Flüchtlinge am 26. Dezember 1997 mit einem türkischen Frachtschiff nach Italien geschmuggelt wurden. Noch bevor die Anträge dieser Flüchtlinge bearbeitet worden sind, erreichte heute ein neues Frachtschiff, das am 20. Dezember 1997 in Canakkale abgefahren war, die italienische Küste mit annähernd 418 Kurden an Bord. Durch die Vernichtungs- und Vertreibungspolitik der Türkei in Kurdistan mußten die Kurden in türkische Großstädte fliehen. Jetzt werden die Kurden gezwungen, nach Europa weiterzuflüchten. Nachdem wir, die Nationale Befreiungsfront Kurdistans, seit mehreren Jahren immer wieder versucht haben, die



europäischen Staaten und die internationale Öffentlichkeit auf die ethnische Säuberungspolitik der Türkei in Kurdistan hinzuweisen, appellieren wir heute an die europäischen Staaten, ihrer Verantwortung in der kurdischen Frage nachzukommen. Wir begrüßen die Forderung der italienischen Regierung in ihrer

Erklärung vom 30. Dezember 1997 und die Ankündigung des Staatspräsidenten in seiner gestrigen Neujahrsansprache, daß Italien die Kurdistan-Frage vor die internationalen Institutionen bringen und eine Initiative zur Lösung entwickeln werde. Wir bewerten diese Erklärungen sehr positiv. Wir sind bereit, dies mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, damit diese Initiative zustande kommen kann. Wir rufen alle europäischen Staaten auf, die Haltung der italienischen Regierung zu unterstützen. Bei einem gestrigen Gespräch mit dem italienischen Innenministerium hat unsere Vertretung in Italien gefordert, die Kurden als Kriegsflüchtlinge anzuerkennen. Die Informationen, daß noch weitere Schiffe mit Flüchtlingen unterwegs sind, wurden ebenfalls an das Ministerium gegeben.“

Nach Presseberichten übergab die ERNK bei diesem Gespräch den italienischen Behörden auch eine Liste mit den Namen von 300 Personen, die nach ihren Informationen auf seiten der türkischen Mafia, des türkischen Militärs und der türkischen Politik das schmutzige Schleppergeschäft mit den kurdischen Flüchtlingen organisieren.

Auch der migrantenpolitische Sprecher der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, der kurdische Abgeordnete Gıyas Sayan, unterstützte den Vorschlag einer internationalen Kurdistan-Konferenz. Zugleich griff er Bundesinnenminister Kanther scharf an. Die Ankunft der kurdischen Flüchtlinge in Italien sei für Kanther ein willkommener Anlaß, „längst gefaßte Pläne restriktiver Maßnahmen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge aus der Schublade zu holen. So sollen im Wahljahr 1998 das Ausländerzentralregister ausgedehnt, die Kompetenzen des Bundesgrenzschutzes erweitert und die Kooperation mit der jeweiligen

Prozeß gegen früheren ERNK-Europasprecher begann

Am 6. Januar hat vor dem OLG Celle der Prozeß gegen den früheren Europasprecher der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), Kani Yilmaz, begonnen. Die Bundesanwaltschaft macht Yilmaz verantwortlich für die kurdischen „Anschlagswellen“ von Juni und November 1993 in der Bundesrepublik. Vor Prozeßbeginn skizzierte Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz die Strategie der Verteidigung:

Der letzte große „Terroristenprozeß“ gegen PKK-Anhänger beginnt mit der öffentlichen Hauptverhandlung am 6.1. um 9.30 Uhr vor dem 3. Staatsschutz-Senat des OLG Celle. Die weiteren Termine finden anschließend jeweils dienstags und mittwochs statt. Der Mandant, Kani Yilmaz, wird die Gelegenheit erhalten und nutzen, zur Anklage und ihren Hintergründen sowie den aktuellen kurdisch-deutschen Beziehungen aus seiner Sicht Stellung zu nehmen. Auch die Verteidigung wird sich zu juristischen Aspekten der Anklageschrift und des Auslieferungsverfahrens äußern. Das Gericht hat auf unseren Antrag als weiteren Verteidiger den Kollegen Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner, Bremen, beigeordnet, der auch als Experte in Fragen der „inneren Sicherheit“ und Autor eines Standardwerks über „Terrorismungsverfahren“ bekannt

ist. Meinen Mandanten wird in der vom OLG kürzlich zugelassenen Anklage vorgeworfen, Rädelsführer einer angeblichen terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK gewesen und als sogenannter mittelbarer Täter für die Anschlagswellen im Juni und November 1993 persönlich verantwortlich zu sein. Kani Yilmaz wurde am 24. Oktober 1994 in London verhaftet, als er auf Einladung verschiedener Abgeordneter des britischen Ober- und Unterhauses über die Vorstellungen der PKK für eine friedliche Lösung des Kurdistan-Konfliktes sprechen und gerade das Westminsterparlament betreten wollte. Bis August hat er in London unter teilweisen Isolationsbedingungen in Auslieferungshaft gesessen.

Als Verteidiger von Kani Yilmaz habe ich von Anfang an versucht, die juristische Problematik und die politischen Zusammenhänge des Auslieferungs- und Strafverfahrens aufzuzeigen. Nach einer Vermittlung auf politischer Ebene haben Gespräche zwischen den Verfahrensbeteiligten stattgefunden, um einen langwierigen Prozeß mit ungewissem Ausgang zu vermeiden und eine für beide Seiten akzeptable Lösung im Sinne des von der PKK-Führung seit Jahren geführten „Dialogs“ und der Deeskalation zu erzielen (*Bremen, den 30.12.97*)

Landespolizei verbessert, das Strafrecht verschärft und der Zugang zu Sozialhilfeleistungen erschwert werden.“

Die Bundesrepublik sei durch den Verkauf und das Verschenken von Waffen an die Türkei mitverantwortlich für die Vernichtung kurdischer Wohngebiete, für die Vertreibung der Kurden aus ihrer Heimat. Giyas Sayan wörtlich: „Die Bundesrepublik ist mitverantwortlich für den grausamen Krieg, den die türkische Armee seit über 15 Jahren gegen das kurdische Volk führt. Sie trägt die Mitschuld am Tod Tausender unschuldiger Menschen.“

Anstatt die Flüchtlinge für weitere Repressalien im Bereich der Ausländerpolitik zu mißbrauchen, sollte die Bundesregierung besser Waffenlieferungen sowie die materielle und diplomatische Unterstützung des Bürgerkrieges einstellen und sich für eine Internationale Friedenskonferenz zur Lösung der kurdischen Frage bei der UNO einsetzen.“

Auch der grüne Bundestagsabgeordnete Özdemir kritisierte die Bonner Politik, sie sei mitschuldig an der jetzigen Lage, weil „die bundesdeutsche Türkei-politik jahrelang darin bestand, Waffen an die Türkei zu liefern, anstatt auf die Einhaltung von Menschenrechten zu achten“.

Während notorische Kurdenhetzer wie die CSU, die bayerische Polizei, Kanther u.a. die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sogar noch als Mittäter an der Fluchtwelle verleumden und weiter auf die Bekämpfung der Flüchtlinge statt der Fluchtursachen drängen, hebt sich die italienische Politik wohlwollend von den menschenverachtenden Tönen aus Bonn und München ab. Der italienische Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro in seiner Neujahrsansprache: „Wenn verfolgte Menschen kommen, dann müssen die Tore weit aufgerissen werden.“ Der kommunistische Abgeordnete Nicola Vendola, Vize-Chef der Anti-Mafia-Kommission des italienischen Parlaments, nannte den Menschenhandel der türkischen Mafia nach Zigaretten, Waffen und Drogen das vierte „große Geschäft am Ende des Jahrtausends“. Er warf der türkischen Regierung ein Zusammenspiel mit den Menschenhändlern vor: Sie unterdrücke die Kurden, dulde das Flucht-Geschäft der türkischen Mafia und decke gleichzeitig den Drogenhandel.

Noch in dieser Woche soll u.a. eine Konferenz der hohen Polizeiverantwortlichen der BRD, Österreichs und Italiens über die kurdischen Bootsflüchtlinge beraten. Auch ein türkischer Polizeivertreter soll dabei anwesend sein. Auch eine Konferenz der EU-Außenminister ist im Gespräch. Es wird viel Druck auf Italien ausgeübt, um deren Kritik an der türkischen Kurdenpolitik zu beenden und sie zu einem härteren Vorgehen gegen die kurdischen Flüchtlinge zu bewegen rül

Quellen: Tagesspiegel, 3. bis 5.1.98, Kurdistan-Informationszentrum Köln, 1.1.98, Pressemitteilung von Giyas Sayan, Berlin, 5.1.98

Claudia Noltes „Vorstoß“ und Bischof Wetters Silvesteransprache haben ein gemeinsames Ziel

Der § 218 soll erheblich verschärft werden !



Reaktionen verschiedenster Art fachte Bundesfamilienministerin Claudia Nolte an, als sie sich am 21. Dezember in der Rheinischen Post für eine Überprüfung des § 218 aussprach. In der Presse folgten Schlagzeilen wie „Streit um Abtreibungsrecht wieder entbrannt. Vorstoß der Familienministerin trifft auf Widerspruch“. Wie kommt die Ministerin zu diesem „Vorstoß“ und wieso jetzt?

Sie behauptet, die 1994 erreichte Einigung auf ein gesamtdeutsches Abtreibungsrecht habe keine erkennbare Verringerung der Abtreibungszahlen bewirkt, daher müsse das Gesetz nachgebessert werden, dies sei ein Auftrag des Bundesverfassungsgerichts.

Die offiziellen Statistiken sagen folgendes: Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche stieg von 97 973 im Jahr 1995 auf 130 899 im Jahr 1996. Eine Zunahme um ein Drittel also, glaubt man den Zahlen. Doch dabei muß beachtet werden, daß die Meldepflicht für Ärzte strenger eingehalten und mehr Abbrüche als früher statistisch erfaßt werden. Außerdem sollten die Zahlen in Relation zur Geburtenentwicklung gesetzt werden. Dabei entsteht ein anderes Bild: Im 1. Halbjahr 1996 kamen durchschnittlich 177 Schwangerschaftsabbrüche auf 1000 Tot- und Lebendgeburten, im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1997 sank diese Quote auf 168.

Ob gesunken oder gestiegen – die Zahl der Abbrüche ist erschreckend hoch: Auf 1 000 Geburten kamen 1996 in den östlichen Bundesländern 365 Abbrüche, im Westen 142. Dabei gehen 97 Prozent der legalen Abbrüche auf die Beratungsregelung zurück, 3 Prozent erfolgen nach medizinischen oder kriminologischen Indikationen.

Für Frau Nolte ist es „hochproblematisch“, daß 52 Prozent der Abbrüche in Ehen und Familien stattfänden. Aber sie will das „Problem“ nicht lösen, indem sie alle Hebel in Bewegung setzt, um soziale Hilfen und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Ihr „Vorstoß“ ist eine Ausweitung der Attacke gegen die Frau, die die CSU mit ihren Sonderregelungen zum § 218 eröffnet hat.

Bereits zweimal (am 24. Juni und am 9. Dezember letzten Jahres) hat das Bundesverfassungsgericht Teile der bayerischen Sonderregelungen auf Eis gelegt.

Die beiden Ärzte Zapf und Freude-mann, die bisher weit mehr als die Hälfte der Abbrüche in Bayern vornehmen und wegen ihrer Fachkenntnis und Menschlichkeit bei den Betroffenen große Anerkennung genießen, können dadurch weiter arbeiten. Die Bayerische Staatsregierung hat das Gericht nicht davon überzeugen können, daß nach einem Betätigungsverbot dieser Ärzte (weil sie über den bayer. Vorschriften liegen, nach denen die Ärzte nur 25% ihrer Einnahmen aus Abbrüchen erzielen dürfen) eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung trotzdem gesichert ist. Die bayerische Sozialministerin Stamm (CSU) hat zwar intensivst Ärzte- und Krankenhaus-Adressen zusammengestellt und Statistiken über Abtreibungsgenehmigungen für Ärzte in Bezug auf Abbruchzahlen in Bayern hochrechnen lassen, doch die klagenden Ärzte, die Landtagsopposition und die Beratungsstellen haben dies als Zahlenwerk enttarnt, das wenig Bezug zur Realität und den Anliegen der Frauen hat.

Das Gericht spurt also nicht so wie von der CSU gedacht, die Opposition rührt sich, dazu kommt noch ein Volksbegehren, das den bayerischen Sonderweg breit öffentlich angreift. Da muß Bundeshilfe her. Und Frau Nolte springt ein.

Aber nicht nur sie. CDU-Bundestagsabgeordneter Hubert Hüppe fordert nun, daß die medizinischen Indikationen für einen Abbruch „enger gefaßt“ werden müßten. Und sein CSU-Kollege Johannes Singhammer verlangt: „Der Zeitraum, bis zu dem eine Abtreibung möglich ist, muß verkürzt werden.“ Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Manfred Carstens (CDU), und der CSU-Rechtsexperte Norbert Geis sehen einen Anstieg der Abbruchzahlen und folgern daraus: Die jetzige Regelung gewährleistet nicht den Schutz der ungeborenen Kinder. Das Beratungskonzept ist gescheitert.

Auch die Kirche ist zur Stelle. Zwar

haben sich bisher alle Kirchenvertretungen – vom Fuldaer Erzbischof abgesehen – für die Beibehaltung der Schwangerenberatung ausgesprochen. Doch das Urteil des Papstes steht immer noch aus. Und nun – zum Jahreswechsel – werden neue Töne angeschlagen. Kardinal Wetter verstieg sich bei seiner Silvesterpredigt in der Münchner Frauenkirche zu folgender Äußerung: „Tausende kleiner Natalies werden im Mutterschoß getötet“. Selbstbestimmte Frauen und Sexualstraftäter werden so gleichgesetzt, und befruchtete Eizellen erhalten den Namen Natalie, der mit Volkszorn bzw. dem Ruf nach der vollen Wucht der Staatsgewalt verbunden ist.

Beim Anheizen einer reaktionären Stimmung wird Wetter auch etwas konkreter: Durch die Vorschrift im § 218, daß die Länder für ein flächendeckendes Netz von Abtreibungsmöglichkeiten sorgen müßten, werde der „Staat zum Gehilfen für die Tötung ungeborener Kinder“, indem er seine Gesundheitseinrichtungen, Krankenanstalten und sein medizinisches Personal zur Verfügung stelle und für die Bezahlung Sorge. Vor dem Bundesverfassungsgericht werde nicht mehr um den Schutz des Lebens, sondern um den Anspruch auf flächendeckende Abtreibungsmöglichkeit, die Festlegung des Tötungsrechts für Spezialisten und um die Absicherung ihres Einkommens gestritten. Frau Noltes Meinung wird durch diese Position der katholischen Kirche tatsächlich zum Vorstoß.

Sofort haben die Grünen, SPD und FDP in Bayern und auf Bundesebene dagegen protestiert. Vielleicht wird nun endlich auch bei der bayerischen SPD klar, daß sie das Volksbegehren gegen den bayerischen Sonderweg doch unterstützen sollte, um die öffentliche Diskussion zugunsten der Frauen zu entscheiden.

baf

Quellen: Rheinische Post, 21.12., SZ, 2.1.98

Sonderrecht gegen DDR-Juristen

„Rechtsbeugung“, weil Nazi-Juristen verurteilt?

Die „Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung“ macht in einer Presseerklärung darauf aufmerksam, daß mit der Verurteilung einer früheren DDR-Richterin vor dem Landgericht Leipzig deren Urteile gegen Nazi-Verbrecher aufgehoben wurden:

Im Rahmen der völkerrechtswidrigen Verfolgung von Bürgern und Amtsträgern der DDR durch Sonderstaatsanwälte und Gerichte der Bundesrepublik Deutschland kommt dem Urteil gegen die Richterin Irmgard Jendretzky-Eisermann makabre Bedeutung zu. Die heute 79jährige wurde am 29. November 1997 vom Landgericht Leipzig zu 4 Jahren Haft verurteilt. Ihr wurde vom westdeutschen Gerichtsvorsitzenden „Rechtsbeugung“, „Freiheitsberaubung“ sowie „Totschlag“ unterstellt, weil sie vor 47 Jahren in den sogenannten „Waldheim-Prozessen“ als Beisitzerin eines Revisionsenats an der Bestätigung erstinstanzlich ergangener Todesurteile gegen Nazi- und Kriegsverbrecher mitwirkte.

Aus der Sicht von heute gab es bei den „Waldheim-Prozessen“, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit und unter maßgeblichem Einfluß der Besatzungsmächte stattfanden, sicher verfahrensrechtliche und andere Mängel. Aber wer waren die Menschen, deren Verurteilung heute der antifaschistischen Richterin Frau Jendretzky-Eisermann angelastet wird?

Dazu gehörten unter anderen
• Oberstabsrichter Walter Schmidt. Er

hat in vielen Gerichtsverfahren in Frankreich, der Tschechoslowakei und der UdSSR gegen Zivilpersonen, Kriegsgefangene und deutsche Soldaten in mindestens 5 Fällen die Todesstrafe verhängt.

• Staatsanwalt Heinz Rosenmüller. Als Generalstaatsanwalt am Sondergericht Dresden hat er wegen „zersetzender Äußerungen“ mindestens 15 Todesurteile erwirkt.

• Kriegsgerichtsrat Horst Rechenbach. Als Oberstabsrichter war er an 1.200 Militärgerichtsverfahren beteiligt, von denen 30 mit Todesurteilen endeten.

• Karl Steinberg war Aufseher im KZ Auschwitz und an Hinrichtungen von Häftlingen beteiligt.

Solche Verbrecher hart zu bestrafen, war die Forderung der Völker. Ihre Verurteilung entsprach den Bestimmungen des Völkerrechts, den Statuten des Internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg, dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10, Direktive 30 sowie im Fall der Waldheim-Prozesse auch dem Befehl 201 der sowjetischen Militäradministration in Deutschland.

Wenn die BRD jetzt die Verurteilung solcher Verbrecher Unrecht nennt, wenn sie alle in Waldheim Verurteilten per Gesetz pauschal rehabilitiert, dann ist das Unrecht. Dann macht sie sich zur Verteidigung schwerster Naziverbrechen. Das entspricht der ungeheuerlichen BRD-Praxis, die vom Volksgerichtshof und anderen Nazi-Gerichten gefällten Todesurteile nicht aufzuheben und keinen der dort tätig gewesen Staatsanwälte und Richter zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Verurteilung von Irmgard Jendretzky-Eisermann und anderer DDR-Juristen erfolgt zu einer Zeit, in der in Deutschland Neonazismus und Antisemitismus an Boden gewinnen, wie das auch die Geschehnisse in den deutschen Streitkräften bis in die höchsten Führungsstellen zeigen.

Wir sind in großer Sorge um die deutsche Wirklichkeit unserer Tage. Die Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung und das Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland rufen alle Gutwilligen im Land und im Ausland auf: Helfen Sie mit, den nazistischen Umtrieben entgegenzuwirken und DDR-Juristen vor der politischen Strafverfolgung zu schützen.

Menschen, seid wachsam!

Presseerklärung der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung und des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland, Dezember 1997

„Alteigentümer“: Auftrieb durch die CSU?

Über die Umtriebe der nach 1945 auf dem Gebiet der späteren DDR im Zuge der Bodenreform enteigneten Junker und Kriegsverbrecher haben wir schon mehrfach berichtet. Der ostdeutsche „Verband der Nutzer und Eigentümer von Wohn- und Erholungsgrundstücken“ (VDGN) berichtet jetzt, auf dem CSU-Parteitag Ende November sei auch die CSU auf die Hetze der „Alteigentümer“ eingestiegen:

„Der CSU-Parteitag am 22. und 23. November in München hat bei den Alteigentümern von Bodenreformland neue Hoffnungen geweckt. Die Delegierten beschlossen die Einsetzung einer Kommission zur Behandlung der Enteignungen in Ostdeutschland zwischen 1945 und 1949. Ausgangspunkt waren Anträge der Delegierten Franz Meyer und Herrmann Graf von Pückler. „Die im Vermögensgesetz festgeschriebene Dis-

kriminierung der Opfer der kommunistischen Enteignungen in den Jahren 45/49“ müsse durch das Streichen des § 1 Abs. 8a VermG beseitigt werden, forderte Meyer. Und Graf Pückler schrieb zur Begründung, die Rückgabe sei ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit. Sie würde außerdem einen Investitionsschub in den neuen Ländern auslösen. Wie Klaus Kamhuber, persönlicher Referent des CSU-Generalsekretärs, auf Anfrage des VDGN-Journals mitteilte, wird die geforderte Kommission am 8. Dezember durch den Parteivorstand gebildet. Resultate seien nicht vor Mitte Januar zu erwarten. Vertreter der Alteigentümer äußerten sich laut Berichten der Tagespresse befriedigt über die Haltung von CSU-Chef Theo Waigel, der umgeschwenkt sei ...“

(entnommen aus dem VDGN-Journal „Das Grundstück“, Berlin, Ausgabe 12/97, S. 5)

Fragezeichen um den „Zukunfts- fonds“

Es scheint, daß Ende Januar nun doch noch jener „Zukunftsfonds“ seine Arbeit in Angriff nimmt, dessen Einrichtung die deutsch-tschechische Erklärung vorschrieb. Und zwar trotz der jüngsten Obstruktionen der deutschen Seite, die offensichtlich aus den Problemen entstanden, die mit der Ernennung der vier deutschen Vertreter im Verwaltungsrat des Fonds verbunden sind.

Schon vor Jahren hatte Bundeskanzler Kohl dem tschechischen Präsidenten Havel versprochen, daß er die Entschädigung der tschechischen NS-Opfer zu seiner persönlichen Sache machen werde. Aus dem Versprechen wurde nichts.

Als nach zwei Jahren geheimnisvoller Verhandlungen die mißratene „deutsch-tschechische Erklärung“ das Licht der Welt erblickte, kam mit ihr auch die Versicherung der deutschen Seite, daß die tschechischen NS-Opfer auf Grund dieser Erklärung eine schnelle Satisfaktion bekommen, weil Deutschland jeden achte, der gegen das NS-Regime Stellung bezogen habe. Aber es dauerte ein weiteres Jahr, bis die Gestalt des „Zukunftsfonds“ sich zu bilden begann. Laut der Erklärung sollen aus dem Fonds (insgesamt 165 Mio. DM, davon 140 Mio. DM aus der BRD) auch (oder vor allem?) andere Projekte finanziert werden: Die Unterstützung der Minderheiten, Denkmal- und Grabpflege usw. Dabei ist es unmöglich, z.B. über die tschechische Minderheit in Deutschland zu reden.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die tschechischen NS-Opfer als einzige in Europa von der deutschen Regierung von direkten Entschädigungen ausgeschlossen wurden. Dabei sinkt ihre Zahl ständig. Zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlungen über den „Zukunfts-fond“ begannen (Frühling 1995), lebten noch 12.000 NS-Opfer. Heute sind es nur etwa 8.000. Die immer neuen Verspätungen habe die Folge, daß immer weniger der ehemaligen tschechischen Widerstandskämpfer und Holocaust-Opfer eine Chance haben, wenigstens irgendeine Form der Entschädigung zu erleben. Oder setzt die Bundesregierung vielleicht auf die „biologische Lösung“ des Problems der tschechischen NS-Opfer?

Vor 1989 haben die Repräsentanten der BRD-Regierung behauptet, daß die direkte Entschädigung der NS-Opfer in der damaligen Tschechoslowakei nicht möglich sei, weil die regierenden Kom-

munisten das Geld aus der BRD beschlagnahmen würden. Dieses „Argument“ ist vor Jahren nicht nur formal gefallen – es war niemals ein Argument. Schon über Jahrzehnte bekommen tschechische Bürger – ehemalige Angehörige der Wehrmacht und der Waffen-SS – Entschädigungen aus der BRD. So teilte Elmar Schmitt, Mitarbeiter des Versorgungsamtes in Fulda, der tschechischen Tageszeitung „*Mladá fronta Dnes*“ mit, derzeit zahle sein Amt die Entschädigungen für etwa 3000 tschechische Kriegsveteranen aus. Bei zwei Dritteln von ihnen handele es sich nicht um die ehemaligen Soldaten der Nazi-Armee, sondern um ihre Nachkommen und Hinterbliebenen. In mehr als 40 Jahren bekam das Amt in Fulda etwa 31000 Gesuche, von denen ca. 14000 zustimmend erledigt wurden – und immer noch melden sich angeblich neue Antragsteller! Jährlich zahlt so die BRD den ehemaligen Angehörigen der Nazi-Armee in der Tschechischen Republik etwa 10 Millionen DM! Was für ein Unterschied besteht eigentlich zwischen den NS-Opfern aus der Tschechischen Republik (eigentlich aus dem gesamten Osteuropa) und den ehemaligen Kriegsveteranen, die in der Wehrmacht oder Waffen-SS verwundet wurden? Man sieht den Unterschied in ihren Geldtaschen!

Ende November 1997 kamen die Repräsentanten der tschechischen Organisationen der NS-Opfer (der tschechische Verband der Freiheitskämpfer, die Föderation der jüdischen Gemeinden in der Tschechischen Republik und die Theresienstadt-Initiative) zu Verhandlungen mit deutschen Politikern in die BRD. Von den deutschen Politikern, die fast alle deutschen Parlamentsparteien vertraten (nur die PDS war angeblich nicht eingeladen) lehnte nur einer ab, mit den Tschechen zu verhandeln: Fritz Wittmann, CSU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, ein bedeutender Repräsentant der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der diese Organisation (zusammen mit Volkmar Gabert von der Seliger-Gemeinde) im Verwaltungsrat des Zukunftsfonds vertreten soll. Handelte es sich bei dieser Absage um ein Beispiel für den „konstruktiven Zugang“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, über den die SL-Paten so gerne und so oft reden?

Wenn die Bundesregierung nach wie vor beabsichtigt, im Verwaltungsrat des Fonds die SL-Vertreter Gabert und Wittmann durchzusetzen, so steht das nicht nur im Widerspruch zu den tschechischen Gesetzen über Stiftungen (der Zukunftsfond soll als tschechische juristische Person wirken, laut Gesetz dürfen im Verwaltungsrat keine Personen sein, die anderen Organisationen aus dem Fonds Beiträge verlangen), sondern auch im Gegensatz zu Standpunkten von Politikern vor allem in der Tschechischen Republik. „Im Zukunftsfonds dürfen keine Organisationen oder ihre Repräsentanten, die

gegen die Erklärung protestierten, eigene Vertreter haben. Das betrifft in erster Linie die SL-Repräsentanten“, erklärte Miloš Zeman, der Präsident des tschechischen Abgeordnetenhauses.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates und zugleich die Mitglieder des Koordinierungsrates des Diskussionsforums sollen jetzt im Januar ernannt werden. Das Amerikanische Jüdische Komitee (AJC) hat schon eine Erklärung herausgegeben, in der auf ein weiteres Zugeständnis der tschechischen Seite hingewiesen wird. Die tschechische Seite sei von dem vereinbarten Grundsatz zurückgetreten, sich über den von der anderen Seite im Verwaltungsrat des Fonds zu äußern, bevor dieser offiziell ernannt werde. Der AJC bemerkt, dieses Zugeständnis dürfe aber nicht so weit gehen, daß das tschechische Gesetz über Stiftungen ignoriert werde. e.h., Plzen

Standortkrise? Keine Spur!

„Rekord beim Export in Sicht“

Das gerade abgelaufene Jahr 1997 könnte das Jahr des größten Exportüberschusses in der Geschichte der BRD werden. Das jedenfalls kündigte kurz vor Jahresschluß der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels an.

Statt der ohnehin erwarteten Steigerung der Exporte um 10% sei es den deutschen Konzernen im vergangenen Jahr gelungen, ihre Exporte um ca. 14% zu steigern. Nach den enormen Warenexporten von 772 Mrd. DM in 1996 erwartet der Verband nun für 1997 einen Warenexport von 886 Milliarden DM. Da gleichzeitig die Importe „nur“ um ca. 12% auf ca. 750 Mrd. DM steigen, wäre das ein Exportüberschuß von 136 Milliarden DM. Damit könnten – endgültige Zahlen werden Februar/März vorliegen – die deutschen Konzerne sogar ihren bisherigen Rekordüberschuß im Außenhandel aus dem Jahre 1989 (134 Mrd. DM höhere Warenexporte als -importe im Jahr der DDR-Annexion) übertreffen.

Für 1998 erwartet der Außenhandelsverband einen weiteren Exportanstieg – und vermutlich auch einen noch höheren Exportüberschuß. Die Krise in Fernost treffe die deutschen Konzerne sehr viel weniger als die Konzerne der USA und Japans. Nur 4,9% ihrer Ausfuhren gingen in die sechs Krisenländer Thailand, Singapur, Malaysia, Philippinen, Hongkong und Korea, verglichen mit 14% der US-Exporte und 32% der japanischen Exporte. Als einen Grund für den Exportboom nennt der Verband den Anstieg des Dollarkurses. Dadurch seien hiesige Wa-

ren in den USA um 20% billiger geworden. Tatsächlich nahmen die Exporte in die USA schon im ersten Halbjahr um 25% auf 35 Mrd. DM zu und übertrafen damit die US-Exporte in die BRD während dieser sechs Monate bereits um 6,7 Mrd. DM. Aber auch in den EU-Raum steigerten die deutschen Konzerne ihre Ausfuhren schon im ersten Halbjahr 1997 um etwa 7% auf 239 Mrd. DM, ihr Exportüberschuß in diese Region wuchs im gleichen Zeitraum auf 40 Mrd. DM an.

Erneut am stärksten aber stieg der Osthandel: Exporte in die „mittel- und osteuropäischen Reformländer“, d.h. vor allem Tschechische Republik, Polen, Rußland und Ungarn, plus 26% auf 42 Mrd. DM im ersten Halbjahr, meldet die Bundesbank. Noch schneller stieg der Exportüberschuß in diese Region: plus 60% auf 8,2 Mrd. DM in den ersten sechs Monaten 1997, so die Zahlen der Bundesbank.

Kein Wunder, daß die Bundesregierung vehement die NATO- und EU-Osterweiterung verlangt, um diesen Wirtschaftsmarkt auch politisch noch stärker unter Kontrolle zu bekommen und ausbeuten zu können. Seit 1994 übertrifft bereits der Handel deutscher Konzerne mit dieser Region das gesamte USA-Geschäft.

Selbst die Leistungsbilanz der BRD, d.h. der Warenhandel plus die Geschäfte mit Dienstleistungen aller Art (Transporte, Versicherungen, Patente, Reisege-
schäfte usw.) dürfte nach den Erwartungen des Außenhandelsverbands 1990 erstmals wieder positiv werden.

Sie war seit der DDR-Annexion ins Minus gerutscht, vor allem, weil die Ausgaben für Auslandsreisen von 50 Mrd. DM auf 73 Mrd. DM im Jahr in die Höhe schnellten, aber auch, weil durch den Abzug fremder Truppen die Einnahmen für Versorgung und Belieferung dieser Truppen um ca. 8 Mrd. DM sanken. Da außerdem sich die (west-)deutschen Konzerne unmittelbar nach der DDR-Annexion erst einmal auf die Eroberung des ostdeutschen Marktes konzentrierten, verschlechterte sich vorübergehend die BRD-Leistungsbilanz von plus 106 Mrd. DM (1989) auf minus 29 Mrd. DM (1991).

Das ist jetzt vorbei: 1997 dürfte die Bundesbank trotz neuer Rekordausgaben für Auslandsreisen am Ende wieder einen Überschuß der Leistungsbilanz melden können. Das bedeutet: Ein Jahr vor der förmlichen Inangriffnahme der EU- und NATO-Osterweiterung stehen die deutschen Konzerne wieder dick und fett im Außenhandel da, bereit, die Jagd nach Profiten in Osteuropa stärker denn je zu betreiben.

Die brutalen Massenentlassungen, das immer weiter gesteigerte Arbeitstempo in den Fabriken und Büros haben den Boden bereitet für diesen „Exportserfolg“, den jetzt die Aktionäre mit steigenden Dividenden ernten werden. Gesamtmetall meldet einen Anstieg der Gewinne seiner Mitgliedsfirmen von offiziell 0,6% des Umsatzes (nach Steuern) 1993 auf

Streit über „Angebotspolitik“

Im „Handelsblatt“ nahm kürzlich Chef-Kommentator Hans Mundorf eine Broschüre des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ des BDI unter Kritik, Überschrift: „Nach der Asienkrise herrscht unter Kathederliberalen Schweigen der Lämmer“. Tenor: Die Wirtschaftspolitik müsse aufhören, sich von Finanzdaten wie Zins, Wechselkurs etc. ihr Handeln vorschreiben zu lassen. In den praktischen Folgen ist der Artikel unbestimmt, selbst die Tatsache, daß deutsche Konzerne z.B. ihre Verluste in Fernost von ihren hiesigen Steuern absetzen können, wird nicht gerügt, auch die Forderung nach Besteuerung und Begrenzung von Finanzspekulationen sucht man vergebens. Trotzdem ein nettes Beispiel, daß die seit vielen Jahren die öffentliche Diskussion bestimmenden „Monetaristen“ und „Globalisierer“ à la Rexrodt, Henkel & Co. nervös werden. Wer erinnert sich noch, daß Lambsdorff mit seinen Warnungen vor der „japanischen Gefahr“ vor 15 Jahren die Regierung Kohls einleitete?

„Seit Mitte der 80er Jahre klinken sich auch die südostasiatischen Tiger-Staaten immer stärker in die internationale Arbeitsteilung ein, und das mit großen Erfolg: Die von den vier Drachen Hongkong, Taiwan, Südkorea und Singapur angeführten südostasiatischen Aufsteiger verzeichnen seit 1985 einen jährlichen realen Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens von mehr als 7% auf gegenwärtig 16.300 \$. Damit mauserten sich die Schwellenländer zur Wachstumsregion Nr. 1 in der Welt.“ Diesen Satz kann man lesen in einer Broschüre, die vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) kurz vor Weihnachten versandt wurde, also zu einer Zeit, als die Zeitungen schon berichteten, daß die

asiatischen Drachen vom IWF künstlich ernährt werden mußten ...

... zeigt die Broschüre die Naivität der Kathederliberalen im Umgang mit der globalen Wirklichkeit, die auch schon am „Fall Japan“ festzustellen war. Jahrzehntlang galt die Wirtschafts- und Sozialverfassung Japans als Vorbild für Europa, wurden deutsche Wirtschaftsführer und Politiker nicht müde, die Einführung japanischer Verhältnisse auch in der Bundesrepublik zu empfehlen. Jetzt allerdings herrscht angesichts der japanischen Malaise das Schweigen der Lämmer. ...

Die kathederliberale Wirtschaftspolitik hat bis zur Krise der Finanzmärkte in Südostasien bestritten, daß die Finanzmärkte Risiken für die Weltwirtschaft darstellten: Sie seien nichts anderes als der Seismograph national falscher oder national richtiger Wirtschaftspolitik ... Sorgen die Staaten nur für niedrige Löhne und niedrige Steuern, käme es auch nicht zu finanzmarktbedingten Verzerrungen in der Güter- und Leistungswirtschaft.

Bei allem Respekt: So einfach liegen die Dinge dann ja wohl nicht. In der IW-Broschüre wird kritisiert, daß die Bundesrepublik wegen ihrer übertriebenen Sozial- und Steuerstaatlichkeit eine negative Investitionsbilanz habe, während in den Tiger-Staaten offensichtlich wegen ihrer richtigen nationalen Wirtschaftspolitik neue Wachstumszentren entstanden seien ... Niemand hat also die jetzt ausgebrochene Krise, die ja eigentlich die Folge einer fundamental falschen und damit schon längst tadelnswerten Wirtschaftspolitik sein müßte, prognostiziert (Handelsblatt, 2./3.1.98)

jetzt 2,0% – also eine Verdreifachung binnen weniger Jahre. Allein Daimler Benz und Siemens erwarten Konzerngewinne für 1997 von ca. 5 Mrd. DM (Daimler) bzw. 3,5 Mrd. DM (Siemens).

Und selbst Gesamtmetall muß zugeben, daß die sogenannte „Lohnquote“ (d.h. der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz) in der Metallindustrie von 24,8% (1994) auf 20,9% im 3. Quartal 1997 gefallen ist. Das entspricht einer Senkung der Lohnkosten allein in der Metallindustrie durch Lohnsenkungen und Entlassungen um die gewaltige Summe von 40 Mrd. DM oder mehr als 15%!

Die Lohnstückkosten sanken in den ersten drei Quartalen 1997 nacheinander um 2,1%, 7,9% und 7,2%. Kein Wunder, daß die Gewinne explodieren.

Trotzdem denkt keiner der großen Metallkonzerne an eine Ausweitung der Beschäftigung im Inland. „Im Wettbewerb der Produktionsfaktoren ist der Einsatz des Faktors Arbeit jetzt auf das produktionstechnisch noch notwendige Maß re-

duziert worden“, faßt das „Handelsblatt“ die gewaltigen Rationalisierungs- und Entlassungsprogramme der letzten Jahre lakonisch zusammen, und kündigt gleich im nächsten Satz an: „Es ist zu befürchten, daß dieser Prozeß irreversibel (nicht mehr rückgängig zu machen, d. Red.) ist und nicht mehr durch einen anderen Preis der Arbeit beeinflußt werden kann.“ (16.12.97) Mit anderen Worten: Auch bei einer Fortdauer des Exportbooms wird dieser nicht zu einem Anstieg der inländischen Beschäftigung in der Industrie führen.

Immerhin: Der Exportboom macht die deutschen Konzerne streikempfindlich. Das bedeutet mehr Möglichkeiten für gewerkschaftliche Gegenwehr, allerdings nur in der Industrie, weniger im Dienstleistungsbereich oder gar im öffentlichen Dienst. Vielleicht bleibt die Ankündigung des IG-Metall-Vorstands vom „Ende der Bescheidenheit“ deshalb am Ende mal keine leere Drohung. *rül*

Quellen: Handelsblatt, 16.12., 18.12., 30.12.97 und Bundesbank-Berichte Dezember 1997

Zum ersten Mal seit dem Amtsantritt der rosa-rot-grünen französischen Linksregierung im Juni 1997 hat eine soziale Bewegung diese erfolgreich unter Druck gesetzt und zum teilweisen Nachgeben gegenüber ihren Forderungen gezwungen.

Die neue soziale Mobilisierung, welche die Jospin-Regierung jetzt nach einigen Wochen in Zugzwang gebracht hat, kommt von jener gesellschaftlichen Kategorie, auf welche die Entscheidungen von Ministern und Kabinett bisher konkret am allerwenigsten Rücksicht genommen haben: den vom Erwerbsleben Ausgeschlossenen.

Die Kernarbeiterschaft, das heißt die noch über gewerkschaftliche Organisation und soziale Mindeststandards verfügenden Belegschaften größerer Betriebe oder die – am besten geschützten – Beschäftigten der öffentlichen Dienste blieben für die Regierung stets ein Faktor, auf den eine gewisse Rücksicht zu nehmen galt. In ihre Richtung ging etwa das Signal der am 10. Oktober '97 beschlossenen Einführung der 35-Stunden-Woche, wenngleich die symbolträchtige Reform das Bonbon darstellt, mit dem die bittere Pille der Flexibilisierung der Arbeitszeiten gleich mit heruntergeschluckt werden soll. Die Mittelschichten, die zur Finanzierung des Maastricht-Haushalts gewisse materielle Opfer (Steuern, Streichung des Kindergelds ab einer Einkommensobergrenze von umgerechnet 8.000 DM im Monat, die jetzt aber heraufgesetzt werden soll) zu bringen haben, sprach Jospin in Fernsehansprachen direkt an, um auf ihre Sorgen zu antworten. Für die Erwerbslosen gab es gar nichts, sieht man von Initiativen für die jüngste Altersgruppe (die Jugendarbeitsplätze *emploi-jeunes*) ab, der angesichts der horrenden Jugendarbeitslosigkeit – über 25 Prozent – dringend der Schein einer Perspektive geboten werden muß. Es genügt, die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC für Lohnabhängige (derzeit 6.600 Francs, rund 1.950 DM monatlich) und der Mindesteinkommen für nicht abhängig Beschäftigte nebeneinander zu betrachten. Der SMIC wurde im Juli '97 von der neuen Regierung um „immerhin“ 4 Prozent (freilich weniger als von der konservativen Vorgängerregierung) erhöht. Arbeitslosen- und Sozialhilfe oder Mindestrente stiegen erst zum 1.1.1998 um gerade einmal 1,1 Prozent – die Steigerung liegt unterhalb der Inflationsrate. Erwerbslose oder Sozialhilfeempfänger haben eben in der Gleichgewichtsübung einer Regierung zwischen den verschiedenen sozialen Interessen kein Gewicht, da sie normalerweise keinen Hebel (wie etwa Streiks) haben, um ihre Interessen durchzusetzen.

Nicht nur von der Regierung wurden die Erwerbslosen links liegengelassen, sondern auch von Teilen der in Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung. So wird die Arbeitslosenkasse UNEDIC paritätisch von Gewerkschaften

und Arbeitgebern getragen, und ihre Verwaltung ist derzeit der (sozialdemokratischen) Gewerkschaft CFDT übertragen; die CFDT-Vorsitzende Nicolai Notat ist seit 1992 UNEDIC-Präsidentin. Unter ihrer Verwaltung wird seit Jahren an der Arbeitslosenkasse eine „rentable“ Politik durchexerziert, die dafür sorgt, daß diese Branche des Sozialversicherungssystems – im Gegensatz etwa zur Krankenkasse – keine roten Zahlen schreibt, sondern Überschüsse erwirtschaftet. Die Kehrseite der Medaille war die Ein-

ken, verwalten nunmehr außenstehende Organisationen (in Form von Fonds) die Gelder – was für viele Arbeitslose zur Folge hat, daß sie keine Sonderhilfen etwa für dringende Bedürfnisse mehr beantragen können, weil der direkte Ansprechpartner in der Arbeitslosengeldstelle nunmehr fehlt. Die Selbstorganisationen der Arbeitslosen wie AC! (das Kürzel steht für „Gemeinsam handeln gegen die Arbeitslosigkeit“, zugleich klingt es wie „assez“ – „genug!“), die Bewegung der Arbeitslosen und Prekären



Frankreich

Arbeitslosendemonstrationen bringen Regierung unter Druck

Von Bernhard Schmid

führung der „degressiven Einheitsunterstützung“ (AUD) für Arbeitslose. Degressiv als Gegenteil von progressiv bedeutet nichts anderes als „kontinuierlich abnehmend“: alle vier Monate sinkt das Arbeitslosengeld, das auf der Grundlage der zuvor eingezahlten Beiträge ausbezahlt wird, um 17% – solange, bis nichts übrig ist. Dann bleibt nur noch die, der UNEDIC vom Staat erstattete (und für sie daher kostenneutrale), „Solidaritätsunterstützung“ ASS oder die Sozialhilfe RMI – umgerechnet zwischen 650 und 700 DM im Monat. Derzeit verfügen 80% der Arbeitslosen über weniger als 3.000 Francs (knapp 900 DM) im Monat.

Im Juli 1997 beschlossen die Träger der UNEDIC (mit den Stimmen der Arbeitgeber sowie der reformistischen bis rechten Gewerkschaften CFDT, FO, CFTC und CFE-CGC gegen den Widerstand der KP-nahen Gewerkschaft CGT) eine Reform der Arbeitslosenunterstützung. Um „effektiver und transparenter“ zu wir-

(MNCP) oder die seit Ende der 70er Jahre von der CGT eingerichteten Arbeitslosenkomitees empörten sich über diese faktische Einschränkung, die zum 1. Oktober 1997 in Kraft trat. Zugleich kam die Forderung nach einer „Weihnachtsprämie“ für Arbeitslose auf, entsprechend dem Weihnachtsgeld oder 13. Monatsgehalt für Lohnabhängige. In den Vorjahren hatten örtliche Arbeitslosenkassen häufig solche Zusatzsummen (beispielsweise 500 DM) ausbezahlt, um den Arbeitslosen Feiern zum Jahresende zu ermöglichen oder um zum Jahreswechsel die dicksten Löcher zu stopfen. Nunmehr macht die Reform dies nahezu unmöglich, und bei der nationalen UNEDIC-Zentrale heißt es schlicht: „Eine solche Weihnachtsprämie hat nie existiert“.

Am 4. Dezember 1997 fand in Marseille die erste Demonstration zugunsten der Forderung nach 3.000 Francs (rund 900 DM) „Prämie“ zum Jahresende statt. Am 11. Dezember folgte in derselben Stadt

die erste Besetzung einer Arbeitslosenkasse. Weitere, ein gutes Dutzend, folgten über ganz Frankreich verteilt, wobei sich als Schwerpunkte rasch Marseille und Umgebung (bis heute sind hier acht Arbeitslosenkassen besetzt) sowie Arras in Nordfrankreich herauszuschälten. Rasch begann sich auch die Solidarität zu organisieren; so sammelten die Besetzer in Marseille binnen einer Stunde an einer Autobahn-Mautstelle 5.600 Francs an Unterstützung. In Marseille zog die Besetzung mehrere hundert Personen an. Arbeitslose, die noch nie in ihrem Leben an einer kollektiven Aktion teilgenommen hatten, machten ihre Erfahrungen mit der Solidarität. In einem der besetzten Gebäude in Marseille brach eine Frau zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Es stellte sich heraus, daß sie – Witwe und Mutter von zwei kleinen Kindern – seit einer halben Woche nichts gegessen hatte. In Paris besetzten Arbeitslosen- und Wohnungskomitees zunächst am 17. Dezember symbolisch das Louvre Museum, im Anschluß testeten sie die Gäste eines teuren Hotels auf ihre Solidarität. Am 30. Dezember wurde auch in Paris eine Sozialbehörde besetzt, woran auch lokale Abgeordnete der KP und der Grünen unterstützend teilnahmen.

Als Forderungen werden die Erhöhung der Mindesteinkommen (Sozial- und Arbeitslosenhilfe) um 1.500 Francs (450 DM) sofort und für alle, die Rücknahme

der Reform vom 2. Juli 1997 und eine Jahresprämie verlangt. Ferner sollen die Selbstorganisationen der Arbeitslosen an der Ausarbeitung des anstehenden Gesetzes zur 35-Stundenwoche beteiligt werden, um sicher zu gehen, daß die Arbeitszeitverkürzung wirklich mehr Beschäftigung schafft und diese nicht durch erhöhte Flexibilität verhindert wird. Laut einer Umfrage der Boulevardzeitung *Le Parisien* vom 31. Dezember 1997 erklären 63% der Befragten ihre „Solidarität“ oder „Sympathie“ gegenüber der Bewegung, 19 Prozent äußern sich ablehnend. Die KPF hat mittlerweile ihre Unterstützung für die Forderung einer Weihnachtsprämie erklärt. Die Regierung reagierte zunächst, indem Premierminister Jospin am 26. Dezember 1997 grünes Licht für einen Vorstoß des kommunistischen Fraktionsvorsitzenden Alain Bouquet signalisierte, welcher über 55jährigen Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern zugute kommen soll. Diese sollen demnach unter der Voraussetzung, daß sie 40 Jahre oder länger Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt haben, in eine frührentenähnliche Situation eintreten können. Diese Maßnahme betrifft insgesamt 22.000 Personen. Arbeitsministerin Martine Aubray, aus dem Urlaub zurückgekehrt, verkündete sodann, daß das ursprünglich für April 1998 angekündigte Gesetz „gegen den sozialen Ausschluß“ – das bereits von der Vorgängerregierung Juppé vorge-

legt worden und wegen der Neuwahlen vorübergehend in die Schublade gewandert war – nunmehr in der Debatte um einige Wochen vorgezogen würde. Bei einem Treffen zwischen den Arbeitslosenbewegung und Transportminister Jean-Claude Gayssot (KPF) erreichten erstere einen Schritt in Richtung auf die Forderung nach kostenlosen Transportmitteln für Arbeitslose: in der Region Paris erhalten Erwerbslose nunmehr Gutscheine, die gegen Fahrkarten für umgerechnet 120 Francs (35 DM) pro Monat eingetauscht werden können. Das entspricht der Hälfte des Preises einer Monatsfahrkarte für zwei Fahrzonen. Der Staat, dem die Transporte im Großraum Paris direkt unterstehen, unternimmt diesen Schritt an fast letzter Stelle: von 107 regionalen Transportgesellschaften hatten 102 bereits zuvor, auf jeweils unterschiedliche Stufen, Verbilligungen für Arbeitslose eingeführt.

Am 4. Januar schließlich wurde spektakulär bekanntgegeben, daß die Regierung „500 Millionen Francs“ freimache. Diese 500 Millionen sollen in die Unterstützung von Umschulungsmaßnahmen fließen – das Kabinett Juppé hatte hier den Beitrag des Staates 1996 um 2,5 Milliarden gekürzt. Mit anderen Worten: die neue Regierung macht nunmehr ein Fünftel der Kürzung durch die alte rückgängig. Die Besetzungen gingen unterdessen weiter. Für den 16. Januar ist ein nationaler Demonstrationszug geplant.

Italien

Die linken Tageszeitungen sind in ein schweres Fahrwasser geraten

Am 19. Dezember schritt *il manifesto* – kommunistische Tageszeitung – zur Verzweiflungstat: 50.000 Lire, also ca. 50 DM, kostete das Blatt an diesem Tag. Die Leserschaft wußte seit einigen Wochen, daß die Zeitung wieder einmal größte finanzielle Probleme hat.

Für 1997 fehlten umgerechnet 2,5 Mio. DM, und auch die künftige Finanzierung ist unklar. Hinzu kam ein herber Schlag aus dem Parlament: Die Zeitungsmacher hatten fest damit gerechnet, daß *il manifesto* als Zeitung einer nicht gewinnorientierten Kooperative ähnlich wie Parteizeitungen finanziell unterstützt würde. Tatsächlich wird das Blatt jetzt aber – angeblich durch ein technisches Versehen bei der Gesetzgebung – wie die üblichen, auf Gewinn abzielenden Tageszeitungen behandelt.

Eine Versammlung der Kooperative im November hatte deshalb zu Abos (4.000 bis zum Jahresende) und Spenden aufgerufen. Die Abos (die bei Tageszeitungen in Italien nicht üblich und wegen der notorischen Unpünktlichkeit der Post un-

zuverlässig sind) werden voraussichtlich Anfang 1998 zusammenkommen. Und auch der einmalige 50.000-Lire-Solidaritätspreis – eine nie zuvor gewagte Aktion – wurde ein Erfolg: 40.000 Zeitungen, „weit über dem täglichen Durchschnitt“, wurden verkauft.

Sieht man von Prominenten und Berufskollegen ab, die an diesem Tag eher ausnahmsweise *il manifesto* kauften, so hat die Zeitung doch eine große Zahl von Menschen mobilisieren können, denen das Überleben einer linken, antikapitalistischen und mit den sozialen Bewegungen verbundenen Zeitung am Herzen liegt. Auch wenn die Auflage in den letzten Jahren gesunken ist, so bleibt doch ein Bedürfnis nach Berichterstattung über soziale Themen, die in anderen Medien nicht auftauchen, und nach Organisation der Diskussion in der verzweigten Linken, die die Parteizeitungen nicht abdecken können.

In den nächsten Tagen soll nun bei *il manifesto* diskutiert werden, wie es weitergeht, finanziell und mit dem Charakter der Zeitung. Neben höheren Einnah-

men wird auch die Senkung der Personalkosten angestrebt. Die Mitglieder der Kooperative haben auf zwei Drittel des 13. Monatseinkommens verzichtet und wollen den Personalstand in 1998 nochmals von rund 120 auf 100 verringern. Für die konzeptionelle Diskussion werden vor allem folgende Schwerpunkte genannt: Die Haltung gegenüber der Ulivo-Regierung, die von den linken Parteien mitgetragen bzw. gestützt wird, soll präzisiert werden – eine schwierige Verbindung aus Unterstützung und Kritik von links. Darüber hinaus wird über ein Konzept als „europäische Zeitung“, was bislang nach außen nicht konkretisiert worden ist, diskutiert.

In Turbulenzen steckt auch *Liberazione* – Die kommunistische Zeitung, die Tageszeitung von Rifondazione comunista. Am 20. Dezember haben die Redaktionsmitglieder sieben Tage Streik gegen einen Restrukturierungsplan des Verlags beschlossen, der die Halbierung des Personals von heute 57 journalistisch und 22 graphisch Beschäftigten vorsieht. Schon Anfang des Monats war die Zeitung we-



„Feiges Attentat auf Togliatti“, den KPI-Vorsitzenden - die *Unità* vom 14. Juli 1948. Auf diese Meldung hin begann spontan ein mehrtägiger Generalstreik.

gen Streiks bzw. Blockade durch den Verlag zweimal nicht erschienen.

Auch *Liberazione* steht finanziell mit dem Rücken an der Wand. Der Parteivorstand von Rifondazione, dem einzigen Gesellschafter des Verlags MRC, sieht keine Möglichkeit für die dauernden hohen Zuschüsse. Die Finanzprobleme bestehen seit Gründung der Zeitung 1991, zunächst als Wochenzeitung und später überraschend (neben dem parteiunabhängigen *il manifesto*) als Tageszeitung.

Das Redaktionskomitee wirft der Verlagsleitung vor, vor allem auf Entlassungen abzu zielen und nicht genug für eine Stärkung der Zeitung selber zu unternehmen: „Gegenüber der harten Haltung der Herausgeber fordern wir eine außerordentliche Kampagne zur Wiederbelebung und Werbung, um die Verbreitung der Zeitung zu vergrößern, auch über die Parteimitglieder hinaus, deren Zahl 129.000 ist gegenüber den 10.000 verkauften Exemplaren“ (Fulvio Fania vom Redaktionskomitee). Für den 12. Januar ist eine neuerliche Verhandlung zwischen Redaktion und Verlag geplant.

Auseinandersetzungen bis hin zu mehreren Tagen Streik gab es auch bei der *L'Unità*, der Tageszeitung früher der Kommunistischen Partei, heute der Demokratischen Partei der Linken (PDS). Auch diese Zeitung, die heute kommerziellen Blättern ähnelt und sozialen Bewegungen kaum mehr verbunden ist („wie geklont mit allen anderen Tageszeitungen“, fand im August die frühere Redakteurin Maria Maccocchi), hat ständige finanzielle Probleme und öffnet sich 1998 für private Anteilseigner.

Erstmals wurden am 19. Dezember für die *L'Unità* „Solidaritätsverträge“ vereinbart, mit denen die Arbeitszeit der Redakteure um 30% gekürzt wird (auf 15 Arbeitstage pro Monat) bei Verringerung der Bezüge um 13%. 18 Zeitverträge werden nicht erneuert, aber der zuvor angekündigte Abbau von 133 Beschäftigten ist vom Tisch. In einer ersten Abstimmung votierten 176 mit Ja und 27 mit Nein bei 16 Enthaltungen. rok

Demokratische Republik Congo

Die neue Republik entwickelt sich sehr undemokratisch

„Ein Land in der Rekonstruktion“ – so beschrieb im August 1997 eine kanadische Missionsgesellschaft, die über gute Informationen aus dem ehemaligen Zaire verfügt, den Übergang des Landes. Nachdem eine Allianz zur Befreiung des Congo den international unterstützten Diktator Mobutu abgeräumt hatte, stellt sich die Frage, welchen Weg wird das Land nunmehr einschlagen.

Zunächst hieß es, daß die Bevölkerung beginnt aufzuatmen – dennoch bleiben einige Unklarheiten und Unsicherheit zurück. Diese sind bis heute vorhanden. Man sei noch weit von einer echten Demokratisierung entfernt, war bereits im August festzustellen. Diese von der Regierung als Übergangsphase definierte Periode würde auch noch länger anhalten. Die formalen und inhaltlichen Aspekte einer nach westlichen Prinzipien festgelegten Demokratie sind nicht vorhanden; Wahlen werden erst für den April 1999 angekündigt. Bis dahin sollen die Grundlagen für eine faire Wahl gelegt sein. Gleichzeitig wurden in den letzten Wochen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen bekannt, die in der Zeit der Bekämpfung des Mobutu-Regimes (aus taktischen Gründen?) übersehen oder danach zunächst den chaotischen Entwicklungen der „neuen Zeit“ zugeschrieben wurden. Politische Aktivitäten wurden eingeschränkt, Meinungbildungsprozesse eingeeengt, Soldaten der AFDL machten ihren Anspruch mit der Waffe deutlich. So etwas hatte auch unter dem Regime von Mobutu stattgefunden.

Die regierende Seite argumentierte mit der Priorität der infrastrukturellen Entwicklung; Transportwege und medizinische wie auch andere Einrichtungen sollten rekonstruiert werden, um einen

ökonomischen und technischen Fortschritt zu ermöglichen. Hinter diesem habe der Aspekt einer formellen Konstituierung zurückzustehen.

Ein dritter Faktor umfaßt die regionale Entwicklung in Zentralafrika; nachdem Mobutu stürzte und schließlich in Marokko starb, konnte sich Savimbi in Angola nicht mehr auf ihn stützen. Ebenfalls entwickelten sich die Ereignisse in Congo-Brazzaville anders als von der französischen Neokolonialmacht geplant und schließlich bilden die Ereignisse in Uganda, Rwanda und Burundi weiter genügend Konfliktstoff zur Beeinflussung der Lage. Darüber hinaus existiert ein nicht entschiedener Konkurrenzkampf um den Einfluß in Zentralafrika zwischen USA und Frankreich.

Anfang Dezember traf sich der internationale Finanzclub in Brüssel, um Entscheidungen hinsichtlich der Investitionen im Congo zu fällen. Es fehlen 14 Mrd. Dollar, so hoch sind die Auslandsschulden, ca. 7 Mrd. Dollar davon hatte Mobutu aus dem Land bei europäischen Banken deponiert oder als Apanage seiner Großfamilie hinterlassen, einiges davon auf deutschen und schweizerischen Konten. Ein Neffe von ihm, auf dem Weg zu den Schweizer Banken, geriet – vermutlich für ihn ziemlich überraschend – in das deutsche Asylverfahren, als ihm die Einreise in die Schweiz verweigert wurde. Hier „genießt“ er derzeit deutsche Asylrealität und mosert über die schlechte Lagerwirklichkeit; aus Sicherheitsgründen hat man ihm aber Personenschutz verordnet ...

Die Europäische Kommission hat vorläufig zugesagt, Nothilfe für Finanzierung von Straßen und Gesundheitssystem zu leisten. Die Wirtschaft war auf den Stand von 1961 zurückgefallen. Die Weltbank machte ihre weitere Hilfe von einem UN-Bericht abhängig, der die fraglichen Massaker an Hutu-Flüchtlingen in der Zeit der Kämpfe in Zaire untersuchen soll. Diese Untersuchungen werden derzeit stark behindert, offenbar gibt es dabei einige zu verschleiernde Ereignisse. Ehemalige Exil-Intellektuelle sind zurückgekehrt, kennen das Land aber lediglich aus einer früheren Zeit. Von NGO-Gruppen kritisiert wird die starke Bevorzugung der Katanga-Bevölkerung. Heute gebe es weniger Toleranz und Handlungsspielraum für Kirchen und Menschenrechtsgruppen. Andererseits sind Berichte vorhanden, wonach in Südafrika kürzlich ein Putschplan aufgedeckt worden ist, der von drei ehemaligen Generälen aus Zaire ausgeheckt worden ist, darunter dem Ex-Militärminister und den Ex-Chefs der Zivilgarde und der DSP. Merkwürdigerweise ergreift die UDPS für die drei abgehalfterten Unterdrücker Partei; jene UDPS, die immer mit Mobutu um die Macht gerungen hatte, sich der Kabila-Front gegenüber jedoch eher passiv verhalten hatte und als erstes ein Defizit an Demokratie und Menschenrechte in Congo feststellte. mc



Bilbao: Ein Menschenmeer fordert Freiheit für die Mesa Nacional Herri Batasunas

Am Samstag, dem 27. Dezember, demonstrierte in Bilbao eine unüberschaubare Menge von Anhängern und Sympathisanten Herri Batasunas sowie auch von Mitgliedern anderer Organisationen für die Freilassung der 23 inhaftierten Vorstandsmitglieder HBs und für eine demokratische Lösung des Baskenlandkonflikts. Polizei und Medien sahen sich außerstande, eine genauere Schätzung der Demonstrantenzahl vorzunehmen. Man kann aber davon ausgehen, daß es sich um mehr als 50.000 Menschen gehandelt hat; Herri Batasuna sprach sogar von der größten Demonstration seiner Geschichte. Der neue Sprecher HBs Joseba Permach forderte die spanische Regierung auf, die Forderungen der baskischen Gesellschaft zu akzeptieren. Die Demonstration habe deutlich gemacht, daß die baskische Gesellschaft von den spanischen Politikern eine Änderung ihrer Linie verlangt und wirkliche Demokratie wünscht. Der zweite neue Sprecher HBs, Arnaldo Otegi, kritisierte die „Vernichtungsstrategie“ des spanischen Staates gegen die Basken. Wie Otegi ausführte, möchte HB mit allen Linken, mit allen Sozialisten und mit allen, die sich als Basken fühlen, gemeinsam für die Zukunft des Baskenlandes (Euskal Herrias) arbeiten. Wirkliche Demokraten seien nur diejenigen, die wollen, daß die Basken selber über die Zukunft Euskal Herrias entscheiden können.

Die baskische Autonomieregierung in Gasteiz hat im Oktober eine Umfrage durchgeführt, derzufolge 40% der Bevölkerung ganz oder zumindest mit Einschränkungen für die völlige Unabhängigkeit des Baskenlandes sind; nur 18% sind gänzlich gegen die Unabhängigkeit. Die Zahl der Unentschiedenen liegt bei 35%. Die gleiche Umfrage zeigt auch, daß sich im Baskenland weiterhin prozentual mehr Menschen als politisch „links“ verstehen als im gesamtspanischen

Durchschnitt. Auch bei den ausgewählten Fragestellungen zur persönlichen Einstellung (etwa zu Immigranten und Homosexuellen) zeigt die Bevölkerung Euskadis das progressivere Profil.

Manfred Ostrowski, Köln

Sorgen über den „Brain drain“ aus Rußland

Eine „Gefahr für den Westen“ werde die Abwanderung aus Rußland, berichtet das *Handelsblatt* am 24.12.. Gemeint ist nicht die „russische Mafia“, die laut Kanther und Konsorten die Bundesrepublik überschwemmt. Gemeint ist die Auswanderung der russischen Intelligenz. Eine „intellektuelle Degradierung“ Rußlands könne die Demokratie im Lande untergraben, meint das Wirtschaftsblatt. Nach Schätzungen sind in den letzten Jahren fünf bis sieben Millionen Menschen aus Rußland ausgewandert, knapp 40% der russischen Intelligenz lebe und arbeite inzwischen außer Landes. „Der halbe Zuwachs des US-Fachpersonals auf dem Softwaregebiet ist der postsowjetischen Emigration zu verdanken.“ rül

Protest gegen Chiapas-Massaker

Zu dem Massaker im mexikanischen Bundesstaat Chiapas erklärt der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, der sich zur Zeit in Chiapas aufhält:

Mindestens 45 Zivilisten wurden am 22. Dezember im Landkreis Chenalhó im mexikanischen Bundesstaat Chiapas von Paramilitärs auf bestialische Weise niedergemetzelt. Die Menschen – darunter 14 Kinder und 22 Frauen – befanden sich bereits auf der Flucht und hielten sich zum Teil in einer Kirche auf. Sie waren zuvor aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben worden, u.a. weil sie den aufständischen Zapatistas (EZLN) nahe stehen sollen.

In der mexikanischen Öffentlichkeit werden die organisierten, schwerbewaffneten Mörder als in der Nähe der Regie-

rungspartei PRI und der lokalen Großgrundbesitzer stehend gesehen. Auf das Konto einer solchen PRI-nahen Organisation, der Gruppe „Paz y Justicia“ soll auch das Attentat gehen, das wenige Wochen zuvor auf den Bischof von San Cristóbal de las Casas, Samuel Ruiz Garcia, verübt wurde. Bischof Ruiz hatte sich als Vermittler zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung verdient gemacht und maßgeblich zum Zustandekommen des Waffenstillstandes zwischen beiden Seiten beigetragen.

PRI und mexikanische Armee haben diesen Waffenstillstand in den letzten Monaten auf vielfältige Weise sabotiert und verletzt – u.a. indem sie Paramilitärs, die Indigenas vertreiben und morden, fördern, und die mexikanische Armee selbst immer weiter in die EZLN-nahen indianischen Siedlungsgebiete vorrückt. Das Massaker vom 22. Dezember ist allerdings der bislang schwerwiegendste Vorfall. Mit ihm droht der stille Krieg, den die mexikanische Regierung gegen die Indigena-Bevölkerung führt, erneut in einen offenen Bürgerkrieg umzuschlagen.

In einem Brief an das Auswärtige Amt und an die deutsche Botschaft in Mexiko begrüßt Winfried Wolf den an die mexikanische Regierung gerichteten Protest der EU angesichts des Massakers in Chenalhó.

Darüber hinaus richtete er an die Bundesregierung folgende Fragen:

„Ist die Bundesregierung bereit, in dieser Situation die u.a. von Bischof Samuel Ruiz Garcia und Menschenrechtsgruppen erhobenen Forderungen zu unterstützen, die mexikanische Regierung solle

- unverzüglich das Abkommen von San Andrés über die Indigena-Rechte und Kultur tatsächlich in Kraft setzen.
- die gegen die EZLN und die Indigena eingesetzten Paramilitärs unverzüglich auflösen.
- die Armee von ihren vorgerückten Posten aus den der EZLN nahestehenden Indigena-Gebieten zurückziehen?“

Es ist erst wenige Wochen her, daß die Europäische Union und Mexiko den Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichneten. Bei diesem Vertrag war bis zuletzt der Artikel über die Einhaltung der Menschenrechte umstritten, den die mexikanische Seite lange Zeit nicht als Bestandteil des Vertrages akzeptieren wollte.

Mit dem Massaker von Chenalhó wird deutlich demonstriert, weswegen die mexikanische Regierung sich nicht auf die Einhaltung der Menschenrechte festlegen lassen wollte.

Wenn es EU und Bundesregierung bei ihrem bloß verbalen Protest belassen, unterstreichen sie ein weiteres Mal, daß sie Handelsinteressen mehr Gewicht beimessen als der Einhaltung von Menschenrechten.

Zusammenstellung: hav



NÜRNBERG. Vom 19. bis 21.12.97 fand im noch selbstverwalteten KOMM ein Benefizkonzert statt, mit dem die politischen Gruppen gegen die Kündigung der Stadt zum Jahresende protestierten. Vorbereitet waren Ausstellungen zur Geschichte der Roten Hilfe e.V., zu Bioethik und Bevölkerungspolitik und zu 25 Jahre bewaffneter Kampf sowie Veranstaltungen zur aktuellen Situation in Nordirland, Palästina und für die Freiheit der politischen Gefangenen international. Zwei Tage lang nahmen mehr als 800 BesucherInnen an den verschiedenen Veranstaltungen und Konzerten teil. Die geplanten Veranstaltungen am Sonntag konnten nicht mehr stattfinden, da in der Nacht vom 20. auf den 21.12. gegen den Komm e.V. (Selbstverwaltung) von der Stadt Nürnberg die fristlose Kündigung ausgesprochen, die Veranstaltung polizeilich abgesagt, verboten und das KOMM geschlossen wurde. Begründet wurde das mit Krawallen nach einem Rockkonzert. Die VeranstalterInnen protestieren gegen die unverhältnismäßige Reaktion der Stadt und verurteilen die BesucherInnen-Kontrollen, teilweisen Registrierungen und willkürlichen Festnahmen. Sie werten das Vorgehen der Stadt und der Polizei als „weiteren Schritt der schon lange betriebenen Stimmungsmache und politischen Hetze gegen selbstverwaltete Strukturen und linke Politik in Nürnberg“.

nach Angehörigen Info 26.12.



BERLIN. Mit einer erneuten bundesweiten Demonstration am 18. Dezember in Bonn (Bild) beendeten die Studierenden ihre Proteste im alten Jahr. Einen neuen Auftakt will der bundesweite studentische Basiskonferenz bewirken, der vom 8. bis 11. Januar in Berlin stattfindet. Unter dem Motto „Bildung und Gesellschaft“ finden Vorträge und Arbeitsgruppen statt, Themen sind u.a. die Demokratisierung der Hochschulen, die Novelle des Hochschulrahmengesetzes, Sinn und Unsinn von Studiengebühren, der freie Hochschulzugang und die Autonomie der Universitäten. Die unübersehbar vielen Forderungen aus den Protesten sollen dabei erstmals gebündelt und gemeinsam beraten werden. Ausdruck der Sammlung aller kritischen Kräfte will die bundesweite Demonstration am 10. Januar sein unter dem Motto „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Sie beginnt um 18 Uhr in Berlin, Brandenburger Tor. Info-Telefon/Fax: 030 / 2 82 68 94.

baf

Tübinger Initiative gegen staatliche und deutsche Gewalt vom 4.1.1998:

TÜBINGEN. Unter der Überschrift „Schwarz und Geld – das genügt. Tübinger Polizei führte drei Afrikaner aus der Kreissparkasse in Handschellen ab“ berichtete das Schwäbische Tagblatt am 23.12.1997 über die unglaubliche Geschichte der Verhaftung und Zurschaustellung von Lamin Komma, Safiong Touray und Abdou Sawaneh in der Kreissparkasse Tübingen am Lustnauer Tor. Die untenstehende Darstellung folgt diesem Bericht:

Die drei Männer waren gerade im Begriff ein Vereinskonto des gambischen Vereins „Yiriwaa Kafoo“ zu eröffnen, als sie sich auf einmal von der Tübinger Polizei umringt sahen. Sie mußten sich mit erhobenen Armen und dem Gesicht zur Wand stellen. Obwohl sie sich ausweisen konnten, wurden sie zu Fuß und auf offener Straße zum Polizeiposten Pflegehofstraße (die Hände auf dem Rücken in Handschellen) abgeführt. Unterwegs wurde auch noch gleich Pierry Satak, der Vorsitzende der Tübinger Afrikanischen Studenten-Union, der sich nach dem Grund des befremdlichen Aufzuges erkundigen wollte, mit den Worten „Da kommt ja noch ein Schwarzer!“ kontrolliert. Ein „weißer“ Passant, mit deutschem Paß, der sich ebenfalls hinzugesellte, wurde nicht kontrolliert. Auf der Polizeiwache mußten sich zwei von ihnen nackt ausziehen. Ihnen wurde auch nicht gesagt, was sie eigentlich verbrochen haben sollen. Sie hatten sich verdächtig gemacht, als sie in der Schalterhalle der Sparkasse die Vereinsgelder nochmals durchzählten. Eine Polizistin in Zivil hatte inzwischen ihre Kollegen benachrichtigt. Die Begründung für das Vorgehen der bewaffneten Staatsgewalt lieferte der Tübinger Polizeisprecher Klaus Götze. Demnach sei es nun mal eine Tatsache, daß Schwarzafrikaner am Straßenhandel mit Drogen maßgeblich beteiligt seien: „Die Beamten haben sich korrekt verhalten.“

CL-Netz, Klaus Schönberger

Kein NPD-Kongreß in Passau!

PASSAU. Anlässlich des für den 7. Februar geplanten NPD-Kongresses in der Passauer Nibelungenhalle wird es eine antifaschistische Großdemonstration geben, zu der die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und zahlreiche unabhängige Antifagruppen aus dem gesamten Bundesgebiet aufrufen. „Wenn alle kommen, wird es der Tag des nationalen Widerstands!“ – lautet ein Internet-Aufruf der NPD. Es ist davon auszugehen, daß dieser Kongreß eine der zentralen faschistischen Propagandaschows im Bundestagswahljahr 1998 werden soll. Die NPD hat die Genehmigung der Hallennutzung längst eingeholt und macht für den 7. Februar mobil. Infotelefon der Antifaschistischen Aktion Passau: Mo.–Fr. 18–20 Uhr: (0177) 33 48 170

Der Griff nach Kaliningrad-Königsberg

DORTMUND. Der Nazipropagandist und -terrorist Manfred Roeder durfte in der Clausewitzkaserne in Hamburg sprechen, dem Sitz der Führungsakademie der Bundeswehr. Der Nazi forderte die Rückgabe Königsbergs. Sein Thema, das die Führung der höchsten Bildungsstätte der Bundeswehr nicht als rechtsextrem erkannt haben will: „Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg“. Solche Töne sind nicht fremd in der Bundeswehr, auch wenn die Hardthöhe wieder entrüstet zurückweist, vom Nazigeist angekränkt zu sein. In der Zeitschrift „Information für die Truppe“ 6/1993 heißt es, Königsberg sei „derzeit Kaliningrad benannt“, völlig heruntergewirtschaftet, so daß ein Zustrom Rußlanddeutscher die „für den Aufbau gefährliche Lücke“ schließen müsse.

Von den rund 400 Kasernen der Bundeswehr in Westdeutschland (Stand 1990) sind 37 Kasernen nach Helden der Hitlerwehrmacht, vor allem Ritterkreuzträger, weitere rund 40 nach imperialistischen Eroberern benannt. Andere geben Ansprüche auf fremde Territorien kund: Pommernkaserne (Wolfhagen und Fürstenau), Ostpreußenkaserne (Homburg), Ostmarkkaserne (Weiden), Tannenbergkaserne (Braunschweig und Marburg), Deutschordenkaserne (Bad Mergentheim). Warum soll da nicht auch an der Führungsakademie der Bundeswehr die Regermanisierung Königsbergs propagiert werden? Die Bundeswehr läßt das nicht nur den Roeder machen, sondern legt auch selbst Hand an:

Sie sammelt in der Truppe eifrig Geld für die Stadt „Königsberg“, deren Standort und richtigen Namen die Pressemitteilung der Hardthöhe vom 18. Februar 1992 möglichst verschweigt. Es bleibt also nicht bei revanchistischen Vorträgen, es werden auch schon die Mittel dafür gesammelt – und die Kader.

Denn nachdem die Bundeswehr bis zur Oder vormarschierte, ging sie schon bald darüber hinaus. In Polen werden polnische Staatsbürger, die als „Deutsche aus der oberschlesischen Region“ bereits in der Bundeswehr gedient haben, auf deutschen Wunsch vom polnischen Wehrdienst freigestellt. Das meldete die „Information für die Truppe“ (Aug. 1995). Dieses Bundeswehrorgan feierte die Genehmigung von NATO-Soldaten jenseits von Oder und Neiße als „Signal“ für die NATO-Erweiterung. Wer sich näher erkundigte, bekam die Telefonnummer eines Offiziers der Bundeswehr, der im Kreiswehrrersatzamt Berlin zuständig ist – „von hier bis Ural“. Er mustert junge Ausländer aus dem Osten an, die vorher einen deutschen Paß erhielten. (Die Telefonnummer lautet 030-6744086, die

Dienststelle heißt: Zentrum Nachwuchsgewinnung Ost, Regattastr. 12, 12527 Berlin). Nach Ende der Dienstzeit beim „Bund“ werden die Angehörigen aus Rühes kleiner Fremdenlegion wieder nach Polen, Rußland, in die Ukraine zurückgesandt, versehen mit Entlassungsgeld und einer geistigen Ausrichtung in „deutschem Interesse“ (Verteidigungspolitische Richtlinien).

Während dies geschieht wird in der Bundeswehr und in der Führungsakademie den Gegnern der NS-Wehrmachtsfanatiker à la Roeder ihre Meinungsfreiheit eingeschränkt. Das mußte der Oberst i.G. Herwig Pickert, Präsidiumsmitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und Dozent an der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, erfahren. Er hatte 1996 in einem Leserbrief an den „Rheinischen Merkur“ die Ausstellung über die Verbrechen der Hitler-Wehrmacht gegen Kritiker in Schutz genommen: Der 1939 von Deutschland begonnene Angriffskrieg sei „von Anfang an“ ein Verbrechen gewesen, „und die Wehrmacht war ein wesentliches Instrument zur Durchführung dieser Verbrechen“. Er wehre sich „entschieden dagegen“ Traditionslinien von der Wehrmacht zur Bundeswehr zu ziehen. Dieser Leserbrief löste Widerspruch aus, den Pickert brieflich beantwortete. Die Führungsakademie verhängte daraufhin „erzieherische Maßnahmen“ gegen den Oberst und Dozenten. Der Vorwurf des „Dienstvergehens“ wird von Pickert zurückgewiesen, er rief den Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichtes an. Das „Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold“ gab er an Minister Rühe zurück. (Quelle: *Westfälische Rundschau*, 3.11.1997)

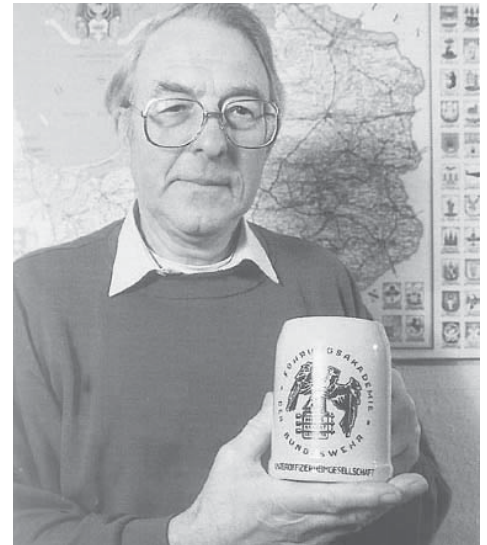
Ebenso üblich wie preußische, nazistische und revanchistische Traditionsnamen für die Kasernen sind in der Bundeswehr Lieder mit solchen Liedtextzeilen: „Unsere Linke an dem Schwertzeil, in der Rechten einen Spieß, kämpfen wir, so weit die Erde, bald für das, bald für dies!“ (Aus dem neuen Bundeswehrliederbuch aus dem Jahre 1991.) Zunächst einmal für deutsche Gebiete in Polen und Rußland.

Eine Bundeswehr, in der derartiges gesunden wird, spendet auch freudig für einen Wiederaufbau der Garnisonskirche in Potsdam – entsprechend einer Initiative des Stabes der Fallschirmjäger aus Iserlohn. Diese Spendenaktion begann Jahre, bevor Potsdam wieder an das Deutschland der Bundeswehr angeschlossen wurde. Soll jetzt dieser Erfolg mit der Aktion „Königsberg“ wiederholt werden?

Der Tag von Potsdam 1933 mit den Hauptpersonen Hitler und Hindenburg

jedenfalls wird stets gewürdigt. Schon erklingt in Potsdam wieder das Glockenspiel „Üb immer Treu und Redlichkeit“. Nach dem Glockenturm von damals soll bald die ganze Kultstätte Garnisonskirche folgen. Hier haben Hitler und Hindenburg ihren Pakt besiegelt. Der Held von Tannenberg (in Polen!) ist Namenspatron von sieben Hindenburgkasernen.

Tannenbergkasernen wiederum gab es vor kurzem – bis zur Verkleinerung der



Roeder mit Gastgeschenk der Bundeswehr

Zahl der Bundeswehrstandorte im Westen – in Braunschweig und Marburg. Oberleutnant Wagner von der Marburger Tannenbergkaserne erläutert den Besuchern, daß die Kaserne 1938 erbaut wurde und „nach der Schlacht bei Tannenberg in Ostpreußen (1914) benannt“ sei. Er verwies auf die Marburger Jäger, die Reservisten des Marburger Traditionsverbandes. Vorläufer dieser Jäger haben Schlachten im Deutsch-Französischen Krieg 70/71 geschlagen und sich „im Expeditionskorps des Feldmarschalls Graf Waldersee an den Kämpfen in China 1900/01 (Boxeraufstand) sowie an den Kämpfen gegen die aufständischen Hereros und Hottentotten in (Deutsch-) Südwestafrika 1904“ beteiligt, wie in einer Bundeswehrfestschrift „unsere Garnison Marburg“ stolz verkündet wird.

In dem noch immer gültigen Traditionserlaß der Bundeswehr von 1982 heißt es: „Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann Tradition nicht begründen.“ Warum dann die Ehrung der Helden des faschistischen Unrechts und des Drangs nach Osten? Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurden Deutschlands Grenzen endgültig verankert. Warum dennoch Kasernennamen und „Königsberg“-Aktionen, die an ehemalige Eroberungen erinnern oder neue begründen?

Ulrich Sander

Helm ab zum Gebet?

KÖLN. Am 22. Januar 1998, morgens um 8 Uhr 30, wird Kardinal Meisner im Kölner Dom wieder seinen Soldatengottesdienst halten anlässlich des Weltgebetstages für den Frieden. Und wieder wird er in seiner Predigt, wie in den Jahren zuvor, an die versammelten Soldaten Sätze richten wie diese:

„Die Kirche sieht in den Soldaten eine letzte Möglichkeit, das Böse im Menschen zu bannen und zu binden, damit es nicht ausbricht und Not und Tod in die Welt bringt.“ (21.1.93)

„Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesichert sind.“ (30.1.96)

„Wem käme es in den Sinn, Soldaten, die auch Beter sind, dann noch als Mörder zu diskriminieren. Nein, in betenden Händen ist die Waffe vor Mißbrauch sicher.“ (30.1.96)

Gegen diese mentale Aufrüstung im Kirchenraum, gegen diese klerikale Vorab-Legitimierung der kommenden Kriege regt sich zunehmend Widerstand. Im Januar 1997 war es zwei Mitgliedern von Pax Christi übel ergangen, die es gewagt hatten, mit einem einzigen Transparent („Kriege verhindern – Rüstung ächten“) vor dem Dom zu protestieren: Sie wurden verhaftet, mehrere Stunden in Einzelhaft gehalten. Viele Menschen haben

sich spontan mit ihnen solidarisiert und haben sich gesagt: im nächsten Jahr werden wir mehr! Mitglieder verschiedener Organisationen und Einzelpersonen haben vor einigen Wochen mit den Vorbereitungen von Aktionen begonnen. Darunter auch Leute aus kritischen Kirchenkreisen, wie z.B. Pax Christi. Am 22. 1. ab 7.30 Uhr wird parallel zum Soldatengottesdienst vor dem Dom demonstriert. Anschließend geht es zum Wallraf-Platz, wo gegen 10.30 Uhr die Abschlußkundgebung stattfindet. Es spricht Professorin Dr. Dorothee Sölle.

Zu einem antimilitaristischen Wochenende davor, am 17./18. 1. ruft das Aktionsbündnis ebenfalls auf. Fünf Dissussionsrunden mit zahlreichen interessanten Referenten aus pazifistischen und antimilitaristischen Kreisen sind vorbereitet. Das Aktionsbündnis will seine Arbeit in den nächsten Jahren fortsetzen. Das genaue Programm der Arbeitstagung ist unter 0221/31 69 63, oder 0221/32 73 74 zu erfahren.

Die Lokalberichte Köln sind mit einer Extra-Ausgabe erschienen (0221-21 16 58).

Wieder: „Helm ab zum Gebet“?
Nein: Protest auf der Domplatte!



Fotomontage: Arbeiterfotografie Köln

Am 22. Januar 1998 werden wir vor dem Kölner Dom ab 7.30 Uhr demonstrieren, parallel zum Soldatengottesdienst.

Anschließend ziehen wir zum Wallraf-Platz, wo gegen ca. 10 Uhr die Abschlußkundgebung stattfindet. Zu uns sprechen wird Professorin Dr. Dorothee Sölle.

Schultze-Rhonhof in Hamburg

HAMBURG. Der ehemalige Generalmajor der Bundeswehr, Gerd Schultze-Rhonhof, soll am 16. Februar im Verteidigungsbezirkskommando 10 vor der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ sprechen. Das Thema der Veranstaltung heißt „Wozu noch tapfer sein? Freie Gedanken zum Militär in Staat und Gesellschaft“. „Freie Gedanken“ pflegt der 1996 aus Protest gegen die Wehrpflichtzeitverkürzung zurückgetretene Generalmajor ansonsten nicht nur im Kreise von Burschenschaftlern und in der rechten Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“, deren stellvertretender Sprecher er neuerdings auch ist, sondern auch im Gespräch mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. In einem jüngst veröffentlichten Interview mit der Zeitung bedauert Schultze-Rhonhof u.a., das bei der Darstellung der Kriegsgeschichte „fast nur noch die Sicht der Sieger von 1919 und 1945“ berücksichtigt wird. Auch befürchtet er „auf dem Weg nach Europa unsere na-

tionale Identität zu verlieren“. Pressemeldungen, nach denen etwa 20 Prozent aller Offiziersanwärter sich als „nationalkonservativ“ bezeichnen, sieht Schultze-Rhonhof eher als ein „Zeichen dafür, daß wir den Pluralismus in Deutschland aufgegeben haben“.

Das „braune Regime“ der Nazis betrachtet der Generalmajor a.D. nicht als nationalkonservativ, „sondern aus damaliger Sicht (als) linksprogressiv“. Eine Armee müsse um ihre Aufgabe zu erfüllen, „naturgegeben konservativ“ sein. Kritische Berichterstattungen über die neofaschistischen Exzesse von Bundeswehrangehörigen betrachtet Schultze-Rhonhof als „eine gezielte Aktion“ und „Angriffe gegen das Soldatentum überhaupt“.

hma

Latussek im Vorstand

GOTHA. Die im Juni 1997 in Zwickau gegründete „Wählergemeinschaft deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter“ (WHDE) hat auf ihrem ersten

Bundeskongreß in Gotha eine neue Führung gewählt. Vorsitzender wurde der Vizepräsident des sog. „Bund der Vertriebenen“ (BDV), Paul Latussek. Latussek, kürzlich erneut zum BDV-Landesvorsitzenden in Thüringen gewählt, hatte bereits auf dem Gründungsparteitag der WHDE gesprochen. Stellvertretende Vorsitzende der in der Tradition der in den 50er Jahren eingeführten „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) stehenden WHDE wurden Franz Meißner aus Sachsen und Mathias Weifert aus Bayern. Letzterer ist Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Donauschwäbischer Lehrer“ und war u.a. Autor in der mittlerweile eingestellten Vierteljahresschrift „Deutsche Ostkunde“ als auch im Organ des neofaschistischen „Bund Deutscher Unitarier“ (BDUR), „Glauben und Wirken“. Die Gründung der WHDE hatte u.a. deswegen für Aufregung gesorgt, weil Kreisgeschäftsstellen des mit öffentlichen Mitteln geförderten BDV als Kontaktadressen für die Parteigründung gedient hatten.

hma

Bürgermeister hetzt gegen Zeitzeugen

MITTENWALD. Gegenstand einer heftigen Auseinandersetzung ist das Buch „Ein Rucksack voll Geschichte“, das im Rahmen eines Geschichtswettbewerbs des katholischen Kreisbildungswerkes Garmisch-Partenkirchen entstanden ist. In einem dieser lokalgeschichtlichen Beiträge berichtet der 83jährige Franz Pfanzer über die Erschießung von Deserteuren in der Mittewalder „Todesgrube“ Anfang 1945. Nach seinen Angaben mußten Kompanien und Abteilungen dabei als Zuschauer anwesend sein; er selbst auch dreimal.

Weil die Schilderungen dem Mittewalder Bürgermeister Salminger und zumindest einem Großteil des Gemeinderates nicht passen, wird Pfanzer als Lügner hingestellt. Mutig fühlen sich diese Leute, weil die Beschreibung dieser Vorgänge, die bereits als Vorabdruck in der örtlichen Presse erschien, Angriffe auf den Verfasser ausgelöst hatten. Diese kamen, wie sollte es auch anders sein, aus dem Umfeld ehemaliger Wehrmachtangehöriger. Nach dem Grundsatz, daß eine Behauptung zur Wahrheit wird oder eine Tatsache zur Lüge, wenn man nur oft und heftig genug das Gegenteil behauptet, brauchte der Herr Bürgermeister nur noch darauf zu warten, bis die Kampagne gegen Pfanzer auf Touren kommt, um die Veröffentlichung des Buches gerichtlich untersagen zu lassen. Allerdings entschied sich der Gemeinderat mit knapper Mehrheit gegen einen Antrag.

Das Problem dieser Leute ist, daß Mittewald, wie sie das sehen, in den Schmutz gezogen wird. Unwichtig hingegen sind wieder einmal die Verbrechen der faschistischen Wehrmacht, und das Ärgernis besteht darin, daß jemand deren Unterdrückung erschwert.

Offenbar wählten sich Gemeinderat und Bürgermeister so eindeutig auf der sicheren Seite mit ihren Angriffen auf den Autor, daß sie glaubten, selbst die Aussagen von Leuten ignorieren zu können, die seine Angaben bestätigten. Darauf macht auch das Kreisbildungswerk aufmerksam, das mit in die Schußlinie geraten ist. Es verweist darauf, daß die Glaubwürdigkeit der Veröffentlichungen das Hauptkriterium ihrer Auswahl war.

Für Salminger ist jedoch der Herausgeber schlicht und einfach „unbelehrbar“, er habe eine Geschichte veröffentlicht, ohne den Wahrheitsgehalt zu prüfen. Die angestrebte Sorte Wahrheitsfindung ist sattem bekannt!

die

Antifaschistische Demonstration in Dresden

Die NPD/JN formiert sich in Sachsen

Vom 20. Januar bis zum 1. März wird in Dresden die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ gezeigt. Seitdem die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung in verschiedenen Städten Deutschlands und Österreichs gezeigt wird, ist sie von Protesten konservativer und rechtsradikaler Kreise begleitet, von verbalen Attacken bis hin zu militanten Anschlägen, Kundgebungen, kleineren Demonstrationen bis hin zum größten Aufmarsch der Neonaziszene seit den 70er Jahren am 1.3.97 in München unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“.

1998 steht im Zeichen des Wahlkampfes. In Sachsen, dem mitgliederstärksten Landesverband der NPD, ist es erklärtes Ziel der NPD, kommunale und landesweite Mandate zu gewinnen. Über zwei Großereignisse will sich die NPD/JN profilieren: eine bundesweite Nazidemo im Januar gegen die Wehrmachtsausstellung sowie die Thematisierung der sozialen Frage von Rechts am 1. Mai 1998.

Die Bundesgeschäftsstelle der JN befindet sich seit November 1997 in Dresden. Die Internet-Aktivitäten sowie das bundesweite Infotelefon der JN werden inzwischen auch von hier aus betrieben. Als einer der wichtigsten Protagonisten ist in diesem Zusammenhang JN-Bundesvorstandsmitglied Oliver Händel zu nennen, der 1997 seinen Wohnort von Köln nach Dresden verlegte. Mit Katharina Handschuh, der Bundesmädelauftragten der JN, die ebenfalls in Dresden ansässig ist, kristallisiert sich Dresden immer mehr zum bundesweiten Schwerpunkt der JN heraus.

Aktivitäten zur Wehrmachtsausstellung

Seit September sucht Hans-Holger Malcomß im Namen der Dresdner Freitagsgespräche, einem Diskussionszirkel von Konservativen der DSU über Republikaner, Burschenschaftler bis hin zu NPD-Mitgliedern und Kadern inzwischen verbotener rechtsextremer Gruppen Mitstreiter für eine „Initiative gegen eine

pauschale Verurteilung der Wehrmacht“ via Internet. Die „Bürgerinitiative der Frankfurter Paulskirche“, die in Frankfurt die Proteste getragen hat, kündigte an, ihre Aktivitäten auch in den nächsten Ausstellungsorten fortzusetzen. Die „Kameradschaft Sachsenfront“, die zum Umfeld der NPD gerechnet werden kann, hat bereits versucht, die Technischen Sammlungen, den Ausstellungsort, mit Plakaten zu bekleben. An der Technischen Universität ist rechtes Propagandamaterial zum Thema Wehrmachtsausstellung aufgetaucht, in dem zu Mahnwachen, Kranzniederlegungen, Propagandaaktionen und zu einer Demonstration aufgerufen wird. Bereits am 15.11. begann die NPD ihre Kampagne mit einer Vortragsveranstaltung mit Wolfgang Juchem als Referenten, zu der ca. 80 junge Neonazis kamen. Eingeladen hatte der NPD-Kreisverband Dresden/Meißen, in Person von Matthias Paul (Kreisverbandsvorsitzender und Landesvorstandsmitglied der NPD). Höhepunkt der Kampagne soll eine Großdemonstration am 17. Januar werden.

Naziaufmarsch verhindern!

Deshalb rufen wir, das „Dresdner Bündnis gegen rechts“, für den 17. Januar zu einer bundesweiten antifaschistischen Demonstration unter dem Motto „Verbrechen lassen sich nicht leugnen“ auf. Wir wollen versuchen, durch eine komplette Abdeckung der Innenstadt und aller wichtigen Plätze den Naziaufmarsch unmöglich zu machen. Organisiert wird diese Demonstration vom „Dresdner Bündnis gegen rechts“, einem Zusammenschluß aus Gewerkschaften, Parteien, Einzelpersonen und Antifagruppen.

Dresdner Bündnis gegen rechts

Informationen über Infoladen Dresden, Louisenstr. 93, 01099 Dresden, Tel./Fax 0351/8045444, eMail: INFO Laden-Dresden Link-DD.cl.sub.de. Aktuelle Informationen über: <http://www.antifa.net/venceremos>



**17. Januar '98, 11 Uhr,
Dresdner Schloßplatz
(Nähe Semperoper)**

**Am 11. Januar in Berlin –
Beginn 10 Uhr ab Leninplatz:**

Liebkecht-Luxemburg-Ehrung

Mit dem folgendem Appell rufen zahlreiche linke Organisationen zur diesjährigen Ehrung von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg am Sonntag, den 11. Januar in Berlin auf. Beginn der inzwischen schon alljährlichen Gedenkdemostration ist um 10 Uhr am Leninplatz (Platz der Vereinten Nationen). Am Tag zuvor und am Tag der Demonstration und Ehrung finden in Berlin außerdem noch mehrere Diskussionsveranstaltungen statt, unter anderem eine Diskussionsveranstaltung der Tageszeitung „Junge Welt“ und anderer zur „Aktualität des Kommunistischen Manifests“ 150 Jahre nach der Revolution von 1848.

Im Gedenken an Rosa und Karl, die von der Reaktion ermordet wurden, demonstrieren Linke aller Couleur seit 1919 ihren Willen, an die Ideale dieser aufrechten Revolutionäre anzuknüpfen und sie in den politischen und sozialen Kämpfen ihrer Gegenwart zu verfechten. Nur während der Nazi-Zeit war diese Tradition unterbrochen.

1990 gab es die in der DDR jährlich stattfindende Demonstration nicht mehr. Aber nicht wenige Menschen zogen an den Gräbern der Sozialisten vorbei.

Als das Lenin-Denkmal 1992 abgeschafft werden sollte, kam es erneut zu

einer Demonstration. Die gegen den Abriß mobilisierende Leninplatzinitiative rief dazu auf, vom Monument bis nach Friedrichsfelde zu ziehen. Lenin wurde geschleift, die Demonstration aber entwickelte sich zu einer erneuerten Tradition im Rahmen der Liebkecht-Luxemburg-Ehrung. Sie ergänzt das stille Gedenken an den Gräbern und die Kranzniederlegung am Landwehrkanal.

Jährlich kommen Zehntausende zur größten linken Manifestation Deutschlands, darunter immer mehr junge Menschen. Beides ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Doch auch die Polizeiprovokationen und -übergriffe vom Januar 1996 verhinderten nicht die massenhafte Ehrung 1997. Von den TeilnehmerInnen der Liebkecht-Luxemburg-Demonstration wurde keine Gewalt provoziert. Unser Demonstrationskonzept bleibt friedlich.

Wir demonstrieren im Geiste von Rosa und Karl gegen eine dem Kapital dienende Politik, der die Profitmaximierung alles und die soziale Absicherung zunehmend nichts mehr bedeutet.

Wir sind solidarisch mit den kämpfenden GewerkschafterInnen, mit den ihre soziale Rechte verteidigenden Lohnabhängigen, mit den Arbeitslosen, den Azu-

bis und Lehrstellensuchenden, mit SozialhilfeempfängerInnen und Obdachlosen, mit allen, deren Lebensqualität den Interessen des Großkapitals geopfert wurde oder morgen geopfert werden könnte.

Wir wenden uns mit aller Konsequenz dagegen, AusländerInnen zu Sündenböcken für die zunehmende soziale Misere im Land zu machen.

Wir erklären angesichts brennender Asylbewerberheime, Synagogen und Kirchen, angesichts zynischer Diskussionen über lebenswertes und lebensunwertes Leben, angesichts erschlagener und verkrüppelter Menschen: ein Deutschland des Völkermords war eines zuviel!

Wir demonstrieren gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus, gegen ausländerfeindliche Politik und unmenschliche Abschiebepaxis.

Wir protestieren gegen diejenigen, die die Geschichte verfälschen, die aus braunen Tätern Opfer machen und Widerstand dagegen kriminalisieren.

Wir demonstrieren gegen repressive Innenpolitik, die Forderung nach schärferen Polizeigesetzen, den großen Lausangriff und all die anderen zunehmenden Aushöhlungen des Grundgesetzes von rechts.

„FREIHEIT STIRBT MIT SICHERHEIT“



Unter dem Motto „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ haben am 10. Dezember etwa 25 Verkäufer von Straßenzeitungen und Mitglieder der Jungdemokraten in Berlin gegen die Vertreibung von Obdachlosen aus U- und S-Bahnen protestiert. Sie besetzten den Waggon eines S-Bahn-Zuges in Richtung Ahrensfelde und informierten die Fahrgäste über ihre Probleme mit den von der S-Bahn eingesetzten privaten Sicherheitsdiensten. Mehrfach soll es zu Übergriffen von Sicherheitsleuten auf wohnungslose Zeitungsverkäufer gekommen sein. Ein Sprecher der S-Bahn dazu: Die Sicherheitsdienste setzten nur das Verbot des Zeitungsverkaufs in den Zügen durch. Angriffe der Sicherheitsdienste auf Verkäufer von Tageszeitungen des Springer-Konzerns oder anderer großer Verlage in den U- und S-Bahnen sind aber nicht bekannt. rül

TON – Protest von Taxifahrern

In einer gemeinsamen Erklärung protestierten der Republikanische Anwaltinnen- und Anwälteverein Berlin, die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, die Kreuzberger Taxigenossenschaft und „das taxi e.G., Hamburg“ gegen die Verfolgung von Taxifahrern wegen angeblicher Beihilfe zur „illegalen Einreise von Flüchtlingen“.

„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“ (Elie Wiesel)

Im Rahmen der sich ausweitenden Fahndungsmethoden des BGS an der deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Grenze sind verstärkt TaxifahrerInnen im Visier der Fahnder. Unter Androhung von Haftstrafen sollen TaxifahrerInnen genötigt werden, Fahrgäste mit „nicht-deutschem Aussehen“ bei deutschen Polizeidienststellen zu denunzieren.

Seit der Neuschaffung des §92a Ausländergesetzes („Einschleusen von Ausländern“) im Jahre 1994 wird auch die „Beihilfe zur illegalen Einreise“ bzw. „Beihilfe zu illegalem Aufenthalt“ strafrechtlich verfolgt.

Mit Hilfe dieser Paragraphen werden im

Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen!

Wir demonstrieren gegen deutsche Großmachtambitionen, gegen die NATO-Osterweiterung und zunehmende Militarisierung.

Wir wenden uns gegen die Unterstützung, die Deutschland brutalen Regimes zukommen läßt und üben Solidarität mit allen gegen soziale und nationale Unterdrückung Kämpfenden.

Wir rufen zu einem breiten Bündnis für den 11. Januar 1998 auf:

GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen, FeministInnen, SozialdemokratInnen, SozialistInnen und KommunistInnen, Grüne und ChristInnen, Autonome, Menschen aus sozialen, Jugend- und Bürgerbewegungen sollten gemeinsam demonstrieren.

Dieser Aufruf wird unter anderem unterstützt von: Antifaschistische Aktion Berlin in der AA/BO; Bernd Armbruster (Mitglied der BV Friedrichshain der PDS; DKP Bezirksorganisation Berlin; Jürgen Horn, Mitglied des Bundesvorstands des Bund der Antifaschisten (BdA); Informationsgruppe im Baobab-Infoladen, Berlin; Kommunistische Plattform in der PDS Berlin; Dr. Dieter Kraft; Gruppe Rote Söckchen Friedrichshain in und bei der PDS; SDAJ Berlin; Peter Wegner, Bundessprecher Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes /Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) u.v.a.m.

Unterstützer des Aufrufs zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung ist auch der Landesvorstand Berlin der PDS.

Anwälten und Flüchtlingsgruppen

Landkreis Löbau-Zittau mittlerweile 22 Ermittlungsverfahren gegen TaxifahrerInnen geführt. Betroffen sind fast ein Drittel der in diesem Landkreis insgesamt registrierten 73 TaxifahrerInnen. Den TaxifahrerInnen wird vorgeworfen, in der BRD Fahrgäste transportiert zu haben, ohne deren rechtmäßigen Aufenthalt in der BRD überprüft zu haben.

Bei einem Prozeß in Zittau im März 1997 wurden zwei Taxifahrer vom Amtsgericht Zittau zu einem Jahr und vier Monaten bzw. einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Aktueller Höhepunkt ist ein Urteil-Serie gegen TaxifahrerInnen des AG Zittau vom 1.12., in dem ein weiterer Taxikollege zu 2 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt wurde.

Am 16.12. beginnt vor dem Landgericht Görlitz die Berufungsverhandlung gegen einen der Taxikollegen. VertreterInnen des Republikanischen Anwälten- und Anwältevereins Berlin und der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration werden den Prozeß beobachten. *Berlin, 12.12.97 (gekürzt)*

Nachtrag der Redaktion: Der Prozeß in Görlitz soll im Januar fortgesetzt werden. Weitere Infos über Forschungsgesellschaft Flucht u. Migration, Tel. (030)6935670, Fax: 6938318.

SOZIALE LAGE: Berlin.

Das Deutsche Institut für Urbanistik wird eine Studie durchführen über die Auswirkungen der kommunalen Sparmaßnahmen im Sozialbereich auf die Lebenssituation der Einwohner. Erstmals werden nicht nur die Stadtverwaltungen und Stadträte zu den Gründen ihrer Streichungen befragt, sondern es sollen auch NutzerInnen der betroffenen Einrichtungen darlegen, ob und wie sich ihre Lebenssituation dadurch verändert hat und ob sie Kompensationsmöglichkeiten sehen und nutzen. Derzeit sucht das Institut dazu noch interessierte Städte.

TEILPRIVATISIERUNG: Frankfurt.

Am 11. Dez. hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, 49% der städtischen Anteile an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH zu privatisieren und an eine Firma Rethmann zu verkaufen. Die Entscheidung darüber, wie der Beschluß des Umlandverbandes, die Müllgebühren um 25 bis 30% anzuheben, umgesetzt wird, wurde auf das Jahr 98 verschoben.

MVA-WIDERSTAND: Heilbronn.

Der Betriebsrat der New Holland Deutschland GmbH (Vertrieb und Service für Ackerschlepper und Erntemaschinen in Deutschland und Österreich – ca. 200 Beschäftigte) lehnt den Bau einer Müllverbrennungsanlage in unmittelbarer Nachbarschaft auf dem Werksgelände der EVS entschieden ab. Er begründet dies so: „1) Wir befürchten gesundheitliche Auswirkungen und Belästigungen, z.B. durch den Austritt von Schadstoffemissionen. Trotz moderner Filtertechnik kommt es bereits heute beim Verbrennen von Kohle und Klärschlamm immer wieder zu unerklärlichen Staubablagerungen ... 2) Durch den Bau einer Müllverbrennungsanlage und die Deponierung von Müll befürchten wir einen Imageverlust unseres Standortes in der Benzstraße und machen uns deshalb Sorgen um unsere Arbeitsplätze. 3) Wir können die Sorgen der EVS-Beschäftigten beim geplanten Arbeitsplatzabbau verstehen und nachvollziehen. das Argument „Arbeitsplätze“ darf aber nicht als Totschlagsargument benutzt werden, um soziale und ökologische Standards zu verschlechtern.“ – Auf der nächsten Betriebsversammlung bei New Holland ist ein Referat geplant von Regionalgeschäftsführer des BUND zum Thema „Gesundheitliche Risiken von Müllverbrennungsanlagen“.

MVA-STILLEGUNG: München.

Ende Dezember hatte eine Münchner Müllverbrennungsanlage schließen müssen, weil in Bayerns Landeshauptstadt nicht mehr genügend Restmüll anfällt. 1991 war sie noch für 160 Millionen DM mit einer modernen Rauchgas-Reinigung

hochgerüstet worden. Durch die städtische Abfallpolitik sank aber die Müllmenge von 1,2 Millionen Tonnen 1989 auf 525.000 Tonnen 1997. Nur langsam paßten die Abfallwirtschaftler ihre Planungen für den Anlagenpark diesem Abwärtstrend an. So wurden andere Erweiterungen wieder rückgängig gemacht. Aber da die Investitionen von 1991 noch nicht vollständig abgeschlossen sind, kostet die Schließung die Stadt jetzt 51 Mio. DM, verteilt auf 3 Jahre. Eine Verbrennungsanlage dichtzumachen, bezeichnete Kommunalreferent Welsch als „bislang einzigartiges Ereignis in Deutschland“. Die Initiative „Das bessere Müllkonzept“ fordert nun einen Stopp beim Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen in Bayern. Obwohl die bestehenden Müllöfen nicht ausgelastet sind, werden nämlich drei neue Anlagen in Nürnberg und in den Zweckverbänden Ansbach und Donau/Wald geplant.

AUSLÄNDERBEIRAT: Hersbruck.

Eine Mehrheit aus CSU und Freier Wählergemeinschaft schaffte im mittelfränkischen Hersbruck das Gremium, das die Integration von Ausländern vorantreiben sollte, kurzerhand wieder ab. Viele Ausländer hätten mit Instrumenten der Demokratie eben „keine Erfahrung“, begründeten die Stadträte ihr Vorgehen. Dabei war der Ausländerbeirat vor drei Jahren mit einer Spitzenwahlbeteiligung von 54 Prozent gewählt worden. Zwar entstand dann nach dem Ausscheiden des Vorsitzenden wegen Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft eine große Lücke, aber alle Fraktionen einigten sich noch im Frühjahr darauf, eine Neuwahl des Ausländerbeirats für den 8. Februar 1998 anzusetzen. Doch dann folgte der Überraschungscoup der CSU in der letzten Stadtratsitzung des Jahres. Für SPD-Bürgermeister Plattmeier ist die in Bayern bislang einmalige Entscheidung ein „Signal in die falsche Richtung“. Der ehemalige Beirats-Vorsitzende kommentierte empört: „Wenn sich Stadträte zu wenig engagieren, löst man doch auch nicht den Stadtrat auf ... Viele Ausländer würden sich mehr engagieren, wenn sie nicht immer wieder frustriert und Benachteiligungen spüren würden.“

FACTORY-OUTLET-CENTER: Köln.

Der Deutsche Städtetag warnt vor einer weiteren Polarisierung im Einzelhandel durch nicht integrierte Großbetriebe auf der „grünen Wiese“. Er ruft die Städte auf, ihre bisherigen Entwicklungskonzepte konsequent umzusetzen und die Standortqualität der Innenstädte zu fördern, die interkommunale Abstimmung über regionalbedeutsame Einzelhandelsvorhaben voranzutreiben und unbedingt alle möglichen Mittel des Bau-, Planungs- und Förderrechts auszuschöpfen. *Zusammenstellung: haf*



Der Betriebsratsvorsitzende des Kinobetriebes Zoo-Palastes Berlin und der stellv. Gesamtbetriebsratsvorsitzende von UCI sollen fristlos gekündigt werden. Außerdem wurde ihnen Hausverbot erteilt. Die Geschäftsleitung wirft ihnen vor, im eigenen Haus Bier getrunken zu haben, ohne zu bezahlen. Außerdem hätten sie bei der Stornierung von Karten betrogen, heißt es. Gewerkschaftssekretär Jürgen Kulinski bezeichnet beides als „Lügen“. Hier werde mit allen Mitteln versucht, den anerkannten Betriebsrat zu diskreditieren, um ihn loszuwerden. Das Hausverbot sei inzwischen aufgehoben durch eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts. Trotzdem will sich die Geschäftsleitung die Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung gerichtlich ersetzen lassen. (aus: „Sprachrohr“, Ztg. d. IG Medien, Nr. 6/97)

AEG-AMC-HAGENUK – QUALIFIZIERUNGSGESELLSCHAFT, BERLIN:

Die Wut in der Belegschaft von Hagenuk ist riesengroß. Zu Recht. Denn was mit uns seit einem Jahr gemacht wird, ist mehr als eine Schweinerei.

- Erst hatte MATRA zur „Produktivitätssteigerung“ und „Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit“ 3-Schicht-Arbeit, Wochenendschichten, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Mehrarbeit abgepreßt.

- Dann kündigte der Konzern die Schließung an, da der Markt für Handys dicht sei. Nach zahlreichen Protesten tauchte plötzlich als angeblicher Retter Hagenuk auf, der nun doch die Handyproduktion ausdehnen wollte.

- Um diesen „Investor nicht zu verprellen“, wurde der Arbeitskampf abgebrochen, ein übler Sozialplan verabschiedet, der nach dem Motto „Wer nicht spurt, fliegt raus!“ der Willkür Tür und Tor öffnete – und der Betrieb zerschlagen: 120 Kolleginnen und Kollegen blieben bei MATRA-AMC, 300 Glückliche durften bei Hagenuk weitermachen. 250 landeten bei der Auffang- und Qualifizierungsgesellschaft ...

- Tatsache ist nun: die Qualifizierungsgesellschaft qualifiziert nicht und Hagenuk produziert nicht. Im Gegenteil, nach monatelanger Kurzarbeit Null steht nun der Konkurs auf der Tagesordnung und ist mit dem Vergleichsverfahren eingeleitet ... Auch die 1.000 Arbeitsplätze bei Hagenuk in Kiel und Ulm sind gefährdet. Und wieder wird versucht, uns gegenseitig auszuspielen. ... Laut IPC stehen 82 Mio. DM Zahlungsverpflich-

tungen und 17 Mio. DM Bankschulden bei Hagenuk 158 Mio. DM Kaufaufträge und längerfristige Verträge von 500 Mio. DM, Forderungen von 62 Mio. und Inventar und Waren von 90 Mio. DM gegenüber. Die Kieler Zentrale hat wiederum die für ein Jahr Lohn- und Gehaltszahlung von MATRA gezahlten 18 Mio. DM abgezogen und gleichzeitig vom Arbeitsamt Kurzarbeitergeld kassiert ... Zugleich haben MATRA und Hagenuk vom Berliner Senat – also letzten Endes von den Steuern der Arbeitnehmer – viele Millionen an Subventionen und Steuerbefreiungen eingesteckt. Wirtschaftssenator Pieroth feierte dies in Zusammenhang mit der „Qualifizierungsgesellschaft“ vor wenigen Monaten als „eine der wichtige Industrieentscheidungen“.

Tatsache ist: die Strategie, mit Zugeständnissen an Konzerne, Banken und ihnen verpflichtete Politiker die Arbeitsplätze zu retten, ist gescheitert. Wohlverhalten lockt keine Investoren an, sondern nur Haie. Wir haben nichts mehr zu verlieren. Über 20% Arbeitslosigkeit in Tiergarten und der Zusammenbruch aller sozialen Strukturen lassen uns keine andere Wahl: Jetzt muß der Arbeitskampf konsequent dort weitergeführt werden, wo er abgebrochen wurde. Dabei sind symbolische Proteste nicht mehr ausreichend. Unterhalb einer Betriebsbesetzung ist nichts mehr zu erreichen. Selbst wenn die Lager leergeräumt sind, besteht doch nur so die Chance, hinreichenden Druck – auch auf die Politiker – auszuüben, uns nicht über die Klinge springen zu lassen. Hierbei sind wir nicht

alleine. ... Die IG-Metall-Vertreterversammlung hat ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt ... Alle können und müssen sich beteiligen: Belegschaft, Betriebsrat, Gewerkschaft von AMC, Hagenuk und Auffangsgesellschaft.

Wir fordern:

- Erhalt und Sicherung aller Arbeitsplätze, auch bei der Auffangsgesellschaft!
- Offenlegung aller Bilanzen (nicht nur der frisierten!), Geldabflüsse, Subventionen und Geheimabsprachen!
- Keine Mark für die Konkursgläubiger!
- Das geklaute Geld muß zurück, um eine sinnvolle Produktionspalette zu ermöglichen!
- Wenn die Konzerne nicht in der Lage sind, Produktion und Arbeitsplätze zu sichern, muß der Staat diese Aufgabe übernehmen und Banken und Konzerne dafür zur Kasse bitten! ...

aus:CL-Netz, gekürzt

GEWERKSCHAFTEN: DEMONSTRATION AM 1. MAI 1998.

Am 1. Mai 1998 werden in Stuttgart die Gewerkschaften für eine andere Politik demonstrieren. Oberstes Ziel müsse die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit sein. Die Route wird vom Arbeitsamt in der Neckarstraße ausgehen und über den Landtag und den Hauptbahnhof zur Abschlußkundgebung auf den Schloßplatz führen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gewerkschaften den Zusammenschluß mit den von der Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen suchen. Der Landtag wird aufgesucht als der Ort, an dem die für die Arbeitslosigkeit politisch Ver-

antwortlichen ihre Regierungsgeschäfte erledigen. Und der Hauptbahnhof steht als Symbol für Stuttgart 21. Von diesem Projekt erhofft sich der DGB Kreis Stuttgart beschäftigungswirksame Investitionen. Besonders Unternehmen vor Ort sollen dabei gefördert werden. Eine „Hocketse“ soll wie bisher auch die Abschlußkundgebung auf dem Schloßplatz umrahmen. Wie läßt sich erklären, daß erstmals seit Jahren die Gewerkschaften wieder zu einer Mai-Demonstration aufrufen? Die 1. Mai-Demonstration kommt auf Anregung des DGB Kreis Stuttgart zustande. Im Vorfeld des Beschlusses haben sich viele gewerkschaftliche Funktionäre aus den verschiedenen Einzelgewerkschaften für eine Demonstration am 1. Mai ausgesprochen. Allein im Bereich der IG Metall beantragten Betriebsräte von Bosch, Daimler, Behr, SEL-Alcatel, Porsche, Debis, Digital, Mahle, Kessler&Söhne, Haller, Siemens, Roto-Frank, Lapp und andere eine gewerkschaftliche 1. Mai-Demonstration. Auch aus Gliederungen der ÖTV, HBV, GEW, IGBAU und IG Medien gingen Anträge an den DGB Kreis Stuttgart ein. Dann spielt sicher eine wesentliche Rolle, daß 1998 ein Wahljahr ist. Die Gewerkschaften erhoffen sich eine Mobilisierung der Belegschaften. Ziel ist, den Raubbau der schwarz-liberalen Koalition an den Lebensumständen der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Rentner zu stoppen. Denn durch Tarifpolitik allein kann die Verarmung breiter Schichten nicht mehr aufgehoben werden.

Zusammenstellung: alk

IG-Metall-Vorstand irgendwie für rot-grün – was aber will er bei der Tarifpolitik?

Wie ist den Folgen der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen oder kann der Massenarbeitslosigkeit selbst erfolgreich begegnet werden? Soll die Arbeitszeitverkürzungspolitik wieder aufgenommen werden? Wie sind die Flächentarifverträge zu retten? Kann der Mitgliederrückgang irgendwann zum Stoppen gebracht werden? Sollten wieder richtige, deftigere Lohn- und Gehaltsforderungen aufgestellt werden oder gebührt der Beschäftigungssicherung der Vorrang?

Auf diese und nicht nur auf diese Fragen lieferten die Strategiedebatten der letzten Monate innerhalb der IG Metall ebenso wenig klaren Antworten wie die Verlautbarungen der führenden Gewerkschafter. Mehr noch: der Öffentlichkeit und den Medien sind die Widersprüche und die Uneinigkeit im IG-Metall-Vorstand nicht verborgen geblieben. Der merkwürdige Zick-Zack-Kurs der letzten Monate beunruhigt inzwischen die betrieblichen Funktionäre und die Basis. Die größte Einzelgewerkschaft der Welt zeigt sich merkwürdig unentschlössen.

Klaus Zwickel hatte nach dem gescheiterten Angebot an die Regierung, ein „Bündnis für Arbeit“ zu schließen, den Reigen der Ungereimtheiten eröffnet. Ohne daß tarifpolitisch die Manteltarifverträge zur Verhandlung angestanden hätten und nachdem er gerade die Arbeitszeitverkürzungspolitik innerhalb der IG Metall samt ihrer Forderung nach der 30-Stundenwoche barsch zurückgewiesen hatte, verlangte er selbst Mitte 1997 plötzlich den Kurs auf die 32-Stundenwoche. Tarifexperte Walter Riester ging auf Distanz. Der Vorschlag gewann auch innerhalb der Mitgliedschaft keine Mehrheit. Später, im Gefolge des SPD-Parteitag, hieß es vom IG-Metall-Vorsitzenden in Anspielung auf kommende Lohn- und Gehaltsforderungen: Die Jahre der tarifpolitischen Bescheidenheit sind nun vorbei. Die Aussage wird in den letzten Tagen des Jahres 1997 sogar vom DGB-Vorsitzenden Schulte übernommen, der zuvor nichts unversucht ließ, der Regierung gegenüber die Bereitschaft zu Zugeständnissen in der Tarifpolitik anzudeuten, obwohl er als DGB-Vorsitzender keinerlei Zuständigkeit für Tarifverträge besitzt.

Widersprüchlich verlief auch die Politik gegenüber der fortschreitenden Erosion der Flächentarifverträge. Anfang 1997 hatte Klaus Zwickel mit markigen Worten die Richtung vorgegeben: Wenn die Arbeitgeber keine Verbandsdisziplin mehr aufbringen, dann wird der Tarifvertrag erstreikt, Betrieb für Betrieb. Gegen Ende des Jahres steht Walter Riester

andere Position zur Debatte: Ein reformierter Flächentarif, bestehend aus Bausteinen, wo sich jeder Betrieb das passende herausuchen soll, bei Übereinstimmung der Rahmenbedingungen.

Es wäre höchste Zeit, gerade im Interesse der Basis, Bilanz in der tarifpolitischen Diskussion zu ziehen, festzuhalten, wo man sich einig ist, und festzuhalten, was dringend geklärt werden muß. Leider zeichnet sich ein solches Vorgehen im Moment nicht ab. Statt dessen hat man sich geeinigt, etwas ganz anderes zu tun, eine Mobilisierungskampagne „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Auf der Basis eines Beschlusses vom Oktober 1997 des DGB-Bundesvorstandes will auch der IG-Metall-Vorstand 1998 eine groß angelegte Kampagne, gerichtet auf die Bundestagswahlen, in Gang bringen.

Laut Anschreiben des IG Metall-Vorstandes an alle Verwaltungsstellen erhofft man sich dabei, Anstöße zu geben für die politische Meinungsbildung und Wahlentscheidung und will selbst dabei Profil gewinnen als die Interessenvertretung für die Belange von Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Insgesamt handelt es sich wohl eher um Grundlagen für ein neues „Bündnis für Arbeit“, diesmal freilich mit einer rot-grünen Bundesregierung. Die IG Metall hat in ihren Bezirken und Verwaltungsstellen bereits „Kurswechselbeauftragte“ ernannt, die die Kampagne koordinieren sollen. Na denn! Für den radikalen Kurswechsel! Ob diese Kampagne jedoch die tarifpolitischen Ungereimtheiten der IG Metall wird lösen können, darf ernstlich bezweifelt werden. *brr*



Wenn die Stahlkapitalisten nicht im letzten Augenblick noch nachgeben, wird ab 12. Januar in den ostdeutschen Stahlwerken gestreikt. Eine Urabstimmung unter den 6 000 IG-Metall-Mitgliedern in den ostdeutschen Stahlwerken ergab im Dezember 77,4% Zustimmung für den Streik. Mit Zeitungsanzeigen, Flugblätter und Briefen an die Beschäftigten hatten die Arbeitgeber versucht, die Urabstimmung scheitern zu lassen. Die IG Metall verlangt die volle Übernahme des im Oktober mit den westdeutschen Stahlwerken abgeschlossenen neuen Stahltarifvertrags, der u.a. eine Einmalzahlung von 850 DM im Februar und dann 2,6% mehr Lohn und Gehalt vorsieht – ohnehin nicht gerade üppig angesichts einer boomenden Stahlindustrie. Die ostdeutschen Firmen wollen dagegen eine Nullrunde von drei Monaten, dann acht Monate lang 60 DM Zulage und anschließend sieben Monate lang 2,6% mehr. Die ostdeutschen Stahltarife wären damit von den westdeutschen wieder abgekoppelt, eine Niedriglohnzone Ost in der Stahlindustrie etabliert. Das lehnt die IG Metall strikt ab: „Unser siebenjähriges Ringen um gleiche Lebenschancen darf nicht umsonst gewesen sein.“ Bestreikt würden ab 12. Januar 13 Betriebe, darunter das EKO-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt (2 800 Beschäftigte), mehrheitlich im Besitz der belgischen Cockerill-Sambre-Gruppe, und die beiden Elektrostahlwerke der italienischen Riva-Gruppe in Brandenburg und Henningsdorf mit je 720 Beschäftigten. Ausgeschert aus der Tariftreuerfront ist Preussag: Dessen Walzwerk Ilseburg in Sachsen-Anhalt willigte Ende Dezember ein, den vollen Stahltarif zu zahlen. *rül*

Weniger Personal, höhere Umsätze der Telekom nach der Freigabe des Telefonmonopols

Mit einem wahren „Marketing-Feuerwerk“ an neuen Angeboten werde die Telekom auf die neuen Konkurrenten reagieren, kündigte Telekom-Boss Ron Sommer an. Gleichzeitig eröffnet der Telekom-Vorstand ein wahres Trommelfeuer auf die Beschäftigten.

Mehr Umsatz, mehr Gewinne, weniger Personal. So lassen sich die Erfolgsmeldungen der Halbjahresbilanz 1997 der Deutschen Telekom AG zusammenfassen. Nach eigenen Angaben stieg im ersten Halbjahr 1997 der Umsatz um 7,3% im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 32,9 Mrd. DM. Der Vor-Steuerge Gewinn wuchs von 0,9 auf 3,6 Mrd. DM. Die Aktionäre können sich freuen: Ron Sommer verspricht ihnen für das Geschäftsjahr 1997 eine Dividendenzahlung von 1,20 DM pro Aktie. Die Halbjahresbilanz der Telekom erweist sich allerdings bei genauerem Hinsehen keineswegs als so glänzend – und das übrigens auch in den Augen der Manager.

Das Geschäftsergebnis liegt um 3,2 Mrd. DM unter Plan. Insbesondere beim Mobilfunk gibt es momentan große Probleme. Dort verliert das Mobilfunknetz D1 immer mehr an Boden gegenüber dem Mannesmann-Konkurrenzprodukt D2. Es scheint, als müsse DeTeMobil, eine Tochtergesellschaft der Telekom, erstmals rote Zahlen schreiben. Inzwischen mußte der Chef von DeTeMobil, Lothar Hunsel, „freiwillig“ seinen Hut nehmen. Er habe sich zu sehr auf das Produktmarketing konzentriert und darüber den Vertrieb vernachlässigt, heißt es in der *Funkschau*. „Unser Vertrieb ist nicht aggressiv genug“, lautet die Diagnose. Nun soll Kai-Uwe Ricke, der Sohn des ehemaligen Telekom-Chefs Helmut Ricke, den Absatz der DeTeMobil wieder steigern. Er wird das Unternehmen nun stärker auf indirekten Vertrieb über Fachhändler, Kaufhäuser und Handwerker orientieren.

Konkurrenz noch nicht sehr fit

Auch an anderer Stelle rumort es. Geschäftskunden-Vorstand Herbert May mußte einen Teil seiner Kompetenzen an seinen Kollegen Detlev Buchal abgeben. May wird dafür verantwortlich gemacht, daß die Telekom wohl einen Teil ihrer Großkunden nach dem 1.1.98 an die Konkurrenz verlieren wird. Nach Angaben der *Wirtschaftswoche* haben Karstadt, die Lufthansa und die Metallgesellschaft, sowie die TV-Sender RTL und SAT 1 die Verträge mit der Telekom gekündigt und sind zur Konkurrenz gewechselt. Außerdem seien dem Vorstand durch die Interconnection-Entscheidung

von Postminister Bötsch Einnahmen von rund einer halben Milliarde DM verlorengegangen, die angeblich schon fest eingeplant gewesen seien. Diese Entscheidung legte die Nutzungsgebühr für die Telekom-Ortsnetze durch die Konkurrenten auf 2,7 Pfennig pro Minute fest, obwohl die Telekom einen Betrag von 6 Pfennig gefordert hatte.

Unter dem Eindruck eines Bedrohungsszenarios läßt sich die Notwendigkeit von „Kostensenkungen“ gegenüber der eigenen Belegschaft begründen.

Das Überwechseln von Telekom-Großkunden zu den neuen Konkurrenten kommt nicht sonderlich überraschend. Mannesman-Arcor, Otelo, Viag-Interkom und andere Gesellschaften umwerben gerade dieses Klientel mit Rabatten und Sonderangeboten. Auch der Telekom-Vorstand geht davon aus, daß ihr Unternehmen in diesem Bereich Marktanteile verlieren wird. Ob die Telekom momentan jedoch über das vom Vorstand einkalkulierte Maß hinaus Kunden verlieren wird, erscheint hingegen wenig wahrscheinlich. Bereits im März 1997 schrieb der *Spiegel*: „Bis auf vollmundige Ankündigungen und bunte Plakate haben die zukünftigen Konkurrenten wenig zu bieten, und die aufstrebende Branche ist noch weit davon entfernt, auf stabile Geschäftsgrundlagen setzen zu können.“

Anfang Dezember hatte sich daran noch nicht viel geändert. Insbesondere Otelo und Viag-Interkom scheinen wegen massiver technischer und organisatorischer Probleme weit hinter den Plan zurückhinken. Beide werden erheblich kleinere Brötchen backen müssen, als sie ursprünglich angekündigt hatten.

Und wenn der mutmaßliche Hauptkonkurrent Mannesmann-Arcor es für nötig befindet, in einer *Spiegel*-Anzeige stolz die Anwerbung von Merckle/Ratiopharm, einem nicht allzu großen Telekom-Kunden, verkünden zu müssen, ist das eher ein Zeichen von Schwäche als von Stärke. Die weniger zur Marktschreierei neigende *Funkschau* sieht folglich auch im November 1997 für den 1. Januar 1998 keine Anzeichen für einen Big Bang bei der Telekom.

Auf die Beschäftigten abgewälzt

Dem Telekom-Vorstand passen Meldun-

gen über die Verschlechterung der Auftragslage durch die Konkurrenz zur Zeit gut ins Konzept. Unter dem Eindruck eines Bedrohungsszenarios läßt sich um so besser die Notwendigkeit von „Kostensenkungen“ gegenüber der eigenen Belegschaft begründen. Nicht umsonst wurden im Herbst vergangenen Jahres mit dem Bekanntwerden der oben genannten Probleme bei der Telekom die Personalabsenkungsvorgaben für 1998 kurzfristig noch einmal erhöht.

Beschäftigte der Telekom hatten auch in der Vergangenheit wenig zu lachen. Im Verlauf des letzten Jahres wurden knapp 12 000 Arbeitsplätze abgebaut, seit 1994 insgesamt mehr als 32 000. Bis zum Jahr 2000 sind noch einmal weitere 30 000 Entlassungen geplant. In Managementkreisen wird bereits jetzt unter vorgehaltener Hand davon gesprochen, daß entgegen bisheriger Aussagen bis zum Jahr 2000 weniger als 170 000 Menschen bei der Telekom arbeiten werden. Nur wenn bis dahin alles optimal läuft, könne weiter von dieser Zahl ausgegangen werden, heißt es jetzt.

Die Prognosen des Vorstandes weisen also darauf hin, daß es einen weitergehenden Abbau von Arbeitsplätzen geben wird. Der verlief bisher weitgehend „sozialverträglich“, denn es gab keine „betriebsbedingten Kündigungen“. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Arbeitsplätze ein für allemal verloren sind – und das ist in jeder Hinsicht sozial unverträglich. Zumal diese Spitzenleistung im Arbeitsplatzabbau in einer Branche erreicht wird, der die Apologeten der „Informationsgesellschaft“ das „große Jobwunder“ nachgesagt haben.

Es gehört zu den vom Management zu verantwortenden Absurditäten, daß in letzter Zeit gerade der Servicebereich der Telekom stark ausgedünnt wird. Dort wird das Personal von 38 000 (1994) auf 19 000 (Ziel für 2000) reduziert.

Offensichtlich sollen Lücken im Servicebetrieb von den verbleibenden KollegInnen durch Mehrarbeit gefüllt werden. Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz sind dort heute schon an der Tagesordnung. Aus Angst vor Versetzungen in ungeliebte Abschieberessorts oder solche weit weg vom Wohnort, unterwerfen sich die Beschäftigten lieber den harten Arbeitsbedingungen, die durch den Stellenabbau entstehen.

Ursprünglich waren durch den Tarifvertrag „Focus 98“ bis zum 1. Januar dieses Jahres betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Im Herbst 1997 einigten sich Telekom-Vorstand und Post-

gewerkschaft im Tarifvertrag 33 (TV 33) darauf, den Ausschuß betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2000 zu verlängern. Telekom-Finanzchef Kröske hat angesichts der Kosten, die der Tarifvertrag verursacht, getobt.

Nach Gewerkschaftsaussagen sei Personalchef Klinkhammer, der sich für diesen Vertrag eingesetzt hatte, anschließend unter Druck geraten. Der Abschluß des TV 33 erfolgte vor der „Interconnection“-Entscheidung des Postministers. Wären die Ergebnisse der Entscheidung schon vorher bekannt gewesen, hätte der Vorstand den Tarifvertrag nicht unterschrieben, so die Gewerkschafter weiter.

Schon vorher seien Teile des Vorstands „wild entschlossen“ gewesen, ab Januar 1998 betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Ihren Ausschuß bis Ende 2000 wertet die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) als großen Erfolg. Bemerkenswert sei, daß der TV 33 keinerlei Lohnkürzungen beinhalte. Zum Vergleich: Bei VW wurden solche Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung mit Lohnseinbußen bis zu 14% erkaufte.

Dennoch mußte auch die DPG einige Kröten schlucken. Betroffen sind vor allem Beschäftigte, deren Arbeitsplätze neuen Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Für sie wird ein Ressort „Projekt Management Service“ (PMS) eingerichtet, dessen hochtrabender Name kaschieren soll, daß es sich bei PMS um ein unternehmensinternes Abschiebegleis handelt. In diesem Ressort können Mitarbeiter beliebig in einem „Tripel“ (jeweils drei Niederlassungen, z.B. Würzburg, Bamberg und Bad Kissingen bilden ein Tripel) versetzt werden. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats sind ausgeschaltet und die soziale Zumutbarkeitsgrenze wurde zum Nachteil der Beschäftigten verschoben.

Nach Aussagen von Telekom-Personalchef Klinkhammer soll das Ressort PMS nur 2–3 Jahre, also bis zum Auslaufen des Tarifvertrags, Bestand haben. Da angesichts der umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen im Konzern nicht davon auszugehen ist, daß viele Leute aus dem PMS einen Dauerarbeitsplatz bei der Telekom finden werden, steht zu befürchten, daß diese Menschen nach Auslaufen des TV 33 von betriebsbedingten Kündigungen bedroht sind.

Neues Entlohnungssystem

„Wir haben uns für die kommenden Monate einen steigenden Aktienkurs zum Ziel gesetzt. Wenn wir unsere Hausaufgaben konsequent erledigen, also vor allem die Kosten kontinuierlich senken, bin ich sicher, daß die T-Aktie bald wieder anzieht“, sagte Finanzchef Kröske gegenüber der Zeitschrift *Capital*.

Also wie gehabt: Damit die Profite der Reichen steigen, müssen Arbeitsplätze fallen und Noch-Beschäftigte mehr schwitzen – für weniger Lohn natürlich. „Unsere Personalkosten sinken nicht

rasch genug. Wir arbeiten zur Zeit an einem Maßnahmenprogramm“, so Kröske weiter.

Nach Aussagen von Funktionären der DPG erscheint dem Telekom-Vorstand vor allem die Gehaltssituation bei den Tochterunternehmen unangemessen. Bisher hatten die Beschäftigten dort die gleiche Entlohnung erhalten. Bei der Gründung der DeTeMobil hätten schon 5% der Mitarbeiter Gehaltskürzungen hinnehmen müssen, so die Gewerkschafter. Doch auch das war dem Unternehmensvorstand zu wenig.

Bei der jüngsten Ausgliederung der Rechenzentren in die DeTeCSM bekamen die Betroffenen die neue Vorstandslinie bereits auf ihrem Lohnzettel zu spüren: 50–60% der Beschäftigten verdienen weniger als vorher. Zwar gibt es für die momentan Angestellten eine Besitzstandswahrung. Aber die neu eingestellten KollegInnen sind von den neuen Gehaltskürzungen voll betroffen. Die neue Linie soll anscheinend auch in den Verhandlungen um einen Entgelttarifvertrag für den Gesamtkonzern durchgeboxt werden. Bereits seit geraumer Zeit führen Telekom-Vorstand und Postgewerkschaft darüber Kamingespräche.

Ein neuer Entgelttarifvertrag soll den Übergang vom Bezahlungssystem des öffentlichen Dienstes zu dem in der Privatindustrie weit verbreiteten „analytischen Funktionsbewertungssystem“ vollziehen.

Ein neuer Entgelttarifvertrag soll den Übergang vom Bezahlungssystem des öffentlichen Dienstes zu dem in der Privatindustrie weit verbreiteten „analytischen Funktionsbewertungssystem“ vollziehen. Einig sind sich Gewerkschaft und Telekom über die „nicht leistungsabhängigen“ Alters-, Orts-, Kinder- und Familienzuschläge des öffentlichen Dienstes, die der besonderen Lebenssituation der Beschäftigten Rechnung tragen. Sie sollen künftig nicht mehr tarifvertraglich garantiert sein.

Momentan scheinen die Verhandlungen jedoch wegen Differenzen über die Höhe des Grundgehalts zu stocken. Die DPG fordert 100% des gegenwärtigen Gehaltsniveaus. Für Personalchef Klinkhammer soll das gegenwärtige Gehalt hingegen ein Maximalwert sein, den die Beschäftigten nur nach Zuteilung aller „leistungsabhängigen“ Anteile und einer vom Erreichen der „persönlichen Zielvereinbarung“ abhängigen Zusatzprämie bekommen können.

Die DPG ringt sich trotz der offensichtlichen Provokationen des Vorstands

nicht zu einem Abbruch der Verhandlungen durch. Sie beraubt sich damit des einzigen Druckmittels, der Mobilisierung der Basis. Insofern steht zu befürchten, daß der Vorstand mit diesem Teil seines „Maßnahmenprogramms“ durchkommt. Neben den Beschäftigten, deren Tätigkeit jetzt niedriger eingestuft wird, werden besonders die über 40jährigen und Eltern mehrerer Kinder finanziell deutlich schlechter dastehen als bisher.

Ein Erfolg in dieser Tarifrunde wird den Vorstand zu weiteren Dreistigkeiten ermutigen. Vieles deutet darauf hin, daß in naher Zukunft weitere Leistungszulagen gekürzt werden sollen.

Weniger Personal, gleiche Kosten

DPG-Funktionäre weisen im Zusammenhang mit dem bisherigen Personalabbau auf ein widersprüchliches Phänomen hin. Obwohl im letzten Jahr fünf Prozent weniger Personal im Unternehmen arbeiteten, seien die Personalkosten nur um ein Prozent gefallen. Denn im Zuge der Gründung von Tochterunternehmen seien gleichzeitig eine Vielzahl von wohl dotierten Geschäftsführer- und Assistentenstellen geschaffen worden. Nach Aussagen des DPG-Bezirks Stuttgart gibt es mittlerweile insgesamt 14 500 hochbezahlte Posten in den diversen Zentralen. Was ursprünglich als Strategie gedacht war, um gewerkschaftliche Strukturen zu unterlaufen und zu schwächen, erweist sich nun als extrem kostspielig.

Das wird jetzt angeblich auch vom Vorstand als „Problem“ angesehen. Maßnahmen gegen den „Wasserkopf“ werden jedoch voraussichtlich nicht eingeführt werden, denn in Vorstandskreisen ist man der Meinung, daß in der Telekom AG „Führungskräfte“ zu schlecht bezahlt sind. Ron Sommer selbst (Grundgehalt ca. 1,5 Mio. DM) und seine Vorstandscrew werden über Shareholder Value und sonstige Nebeneinkünfte ihr Gehalt noch weiter aufbessern. Und selbst wenn mal einer aus diesem Kreis wegen offenkundiger Unfähigkeit seinen Hut nehmen muß, droht ihm angesichts großzügiger Abfindungsregelungen keine harte Landung. Über sonderlich prophetische Gaben brauchen Beobachter nicht zu verfügen um vorauszusagen, daß die Beschäftigten der Telekom die ersten, wenn auch nicht einzigen Verlierer der Freigabe des Telefonmonopols sein werden. Sie sollen zu jedem Opfer bereit sein, das ihnen vom Vorstand im Namen des Wettbewerbs, des Aktienkurses und damit steigender Shareholder-Value-Einkommen für die Vorstände abverlangt wird. Dadurch, daß im Telekom-Konzern neoliberale Ideen die absolute Priorität haben und sich die Postgewerkschaft statt als Gegenmacht in der Rolle des Comanagements übt, stehen die Zeichen für die Verteidigung der sozialen Rechte der Beschäftigten derzeit mehr als schlecht.

Franz Mayer,

dieser Artikel erschien in SoZ Nr. 1/9

Reicht der Lohn zum Leben?

Diese Frage wurde 1992 bis 1994 an der Fachhochschule Frankfurt/M., Fachbereich Sozialarbeit, mit einer Befragung von 211 Haushalten von Arbeitern und Angestellten untersucht. Die Ergebnisse der ersten empirischen Untersuchung über Sozialhilfeansprüche von Erwerbstätigen liegen jetzt vor. Eine repräsentative Untersuchung steht noch aus, wäre aber dringend erforderlich.

1. Armut unter Erwerbstätigen ist wesentlich weiter verbreitet als bisher angenommen.

Erwerbstätigkeit ist häufig nur *eine Form* der Armut, statt daß sie aus Armut herausführt. Jeder vierte untersuchte Haushalt hätte einen offenen Anspruch auf Sozialhilfe. Weitere 15 Prozent der Haushalte lebte mit Normalarbeitszeit unterhalb des Sozialhilfebedarfs, hatte aber durch nicht zumutbare Mehrarbeit, durch Ersparnisse oberhalb der Freibeträge und durch die Nichtanrechnung von Unterhaltszahlungen noch keine offenen, sondern nur latente Ansprüche auf Sozialhilfe. (...)

Dunkelziffer unter Erwerbstätigen am höchsten

Nur zehn Prozent der sozialhilfeberechtigten Erwerbstätigen bekamen auch tatsächlich Sozialhilfe. Ein Kapitel der Untersuchung beschäftigt sich ausführlich mit bisher vorliegenden Untersuchungen zur Dunkelziffer und findet dieses Verhältnis (1:9) auch bei anderen Berechnungen bestätigt.

Die Dunkelziffer ist bei Erwerbstätigen, nicht bei alten Menschen, am höchsten. Statt zum Sozialamt zu gehen, arbeiten Erwerbstätige lieber mehr, verschulden sich oder verzichten. Die Auffassung, daß Lohnarbeiterinnen den Hammer fallen lassen, um Sozialhilfe zu beziehen, ist völlig lebensfremd.

Jeder zweite Haushalt lebt real unter dem Sozialhilfeniveau

In einem zweiten Schritt wurde das real verfügbare Haushaltseinkommen dem auf den Monat umgerechneten Gesamteinkommen (inklusive Weihnachts- und Urlaubsgeld und Lohnsteuerjahresausgleich) gegenübergestellt. Beim real verfügbaren Haushaltseinkommen wurden vom Sozialamt nicht anerkannte Posten wie Ratenzahlungen, Beiträge zu Lebensversicherungen und Unterhaltsverpflichtungen vom Einkommen abgezogen. Hierbei ergab sich, daß die Hälfte der

Haushalte real unter dem Sozialhilfeniveau lebte.

Diesem Ergebnis entsprach, daß bei jedem zweiten Haushalt das Einkommen nicht bis zum Ende des Monats reichte. Im Durchschnitt reichte der Lohn 26 Tage zum Leben.

Mit dem Sozialhilfeniveau (Sozialhilfe plus 25 Prozent der Regelsätze für einmalige Beihilfen) kann man weder ein Auto anschaffen noch in Urlaub fahren noch Kommunikationsmittel erwerben oder ausreichend Freizeitbedürfnisse befriedigen. Das Sozialhilfeniveau ist also nicht zu hoch.

2. Zu den Ursachen der Sozialhilfebedürftigkeit

Ein Drittel der Haushalte mit einem Kind und etwa die Hälfte der Haushalte mit zwei oder mehr Kindern hatte Sozialhilfeansprüche. Im Lohn sind die Lebenshaltungskosten von Kindern kaum enthalten (in dieser Hinsicht sind die Löhne zu niedrig), und der Staat gleicht das auch nicht aus.

Zwei Drittel der Haushalte mit einem Anteil der Warmmieten ab 40 Prozent des Haushaltsnettoeinkommen hatten Sozialhilfeansprüche. Der Umstand, daß mit der Ware Wohnung Renditen erwirtschaftet werden, führt zu Sozialhilfeansprüchen.

37 Prozent der sozialhilfeberechtigten Untersuchten rutschten nur durch Lohnsteuerabzüge in Sozialhilfeansprüche!

16 Prozent der sozialhilfeberechtigten Haushalte kamen durch ein Auto, das für die Fahrt zur Arbeit notwendig war, in Sozialhilfeansprüche.

3. Das Sozialhilfeniveau und damit das Lebensniveau eines Haushalts liegt bei Erwerbstätigkeit erheblich höher als bei Arbeitslosigkeit

Vom Einkommen können nämlich ein Freibetrag für Erwerbstätige (Hälfte des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes, also ca. 260 Mark) und die Werbungskosten (v.a. Fahrtkosten zum Betrieb) abgezogen werden. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Lohnsteuerjahresausgleich kommen zum Einkommen dazu und führen dazu, daß es neben mageren auch „fette“ Monate gibt.

Von daher ist das Niveau der Ernährung, aber auch anderer Bedürfnisse bei sozialhilfeberechtigten Erwerbstätigen deutlich höher als bei arbeitslosen Sozialhilfeberechtigten, z.B. hatten 65 Prozent von ihnen ein Auto, gegenüber rund 20 Prozent bei arbeitslosen SozialhilfebezieherInnen. Obwohl viele Erwerbstätige auf oder unter Sozialhilfeniveau leben, bedeutet das also nicht, daß ein und derselbe Haushalt ohne Arbeit mehr hat als mit Arbeit.

Aber:

Der Durchschnittserwerbstätige der Untersuchung lebt sehr bescheiden. Er lebt - vereinfacht gesagt - wie ein erwerbstätiger Sozialhilfebezieher mit Auto und vielleicht Urlaub.

Haushalte ohne Sozialhilfeberechtigung in Westdeutschland lagen im Durchschnitt mit ihrem real zur Verfügung stehenden Haushaltsnettoeinkommen von 2.770 Mark (für durchschnittlich zwei Personen) nur 25 Prozent über dem Sozialhilfeniveau, also um 545 Mark. Von dieses 545 Mark müssen Auto, Urlaub und alle anderen über dem Sozialhilfeniveau liegenden Bedürfnisse befriedigt werden.

Das an der Befriedigung von Grundbedürfnissen orientierte Sozialhilfeniveau ist für Erwerbstätige ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung des Lohnniveaus. Den Befragten, die mit ihrem realen Nettoeinkommen um mehr als 40 Prozent über dem Sozialhilfeniveau lagen, reichte das Einkommen im Durchschnitt ohne Einschränkungen. Alleinstehende wünschten sich im Schnitt einen Nettolohn von 2 700 Mark als Idealvorstellung, in ihrem Fall 180 Prozent des Sozialhilfeniveaus.

Die Studie verdeutlicht alle Entwicklungen mit Aussagen der Befragten und mit Beispielen. Sie stellt nicht nur die materiellen Lebensverhältnisse selbst dar, sondern auch die subjektive Einstellung der Befragten dazu, was sie sich z.B. wünschen, was ihnen am meisten fehlt etc. Die subjektiven Einschätzungen und damit auch die Zufriedenheit entsprechen im großen und ganzen dem Verhältnis, in dem das real verfügbare Einkommen zum Sozialhilfeniveau steht. Die Ansprüche sind dabei ziemlich bescheiden. Die Studie behandelt auch die Ursachen der Verschuldung von Erwerbstätigen.

4. Mindestlöhne – Grundsicherung für Erwerbstätige.

Aus der Studie ergibt sich eine ganze Reihe von Forderungen, z.B. Senkung der Mieten, keine Besteuerung des Sozialhilfe-Minimums usw. die Untersuchung macht aber auch klar, daß Mindestlöhne deutlich oberhalb des Sozialhilfeniveaus eingeführt werden müßten. Das Sozialhilfeniveau von Erwerbstätigen, das sich ja noch an Bedürfnissen orientiert, muß ein wichtiger Maßstab für das Lohnniveau sein. Umgekehrt versucht das Kapital, das Lohnniveau, das immer mehr durch Überangebot an Ware Arbeitskraft bestimmt wird, zum Maßstab des Sozialhilfeniveaus zum machen. *Rainer Roth Aus: quer, überregionale und unabhängige Monatzeitung für Arbeitslose, Dez. 97*

Rainer Roth,
Über den Lohn am Ende des Monats,
Frankfurt 1997, 163 Seiten.

Gegen sieben Mark in Briefmarken über

AG TuWas am FB Sozialarbeit,
Limescorso 5, 60439 Frankfurt

zu beziehen. Fax: (0 69) 15 33-26 33

Warum werden Jugendliche kriminalisiert?

In einem Beitrag in den letzten Politischen Berichten (S. 22, „Gesellschaftliche Probleme werden nicht gelöst, sondern verdrängt“) hat sich (ulk) mit der reaktionären Kampagne auseinandergesetzt, die die Angst vor Kriminalität schürt, und am Beispiel Baden-Württembergs bzw. Stuttgarts nachgewiesen, daß die Behauptung vom Anwachsen der Kriminalität den Tatsachen nicht standhält. Allerdings hätten die Jugendkriminalität und hier vor allem Gewalttaten Jugendlicher zugenommen. Die Entwicklung in Hamburg – und wahrscheinlich in den meisten Großstädten in Deutschland – ist ähnlich und soll deshalb hier nicht weiter dargestellt werden.¹

Die im Beitrag von (ulk) berichteten – dem Reformlager zuzurechnenden – Stellungnahmen und Konzeptionen, vorgebracht von Polizeivertretern bzw. von Prof. Pfeifer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen², wenden sich gegen die rechte Kampagne und die damit forcierten Konzepte der Repression. Aber auch sie fordern zur Diskussion heraus. Es erscheint mir fraglich, ob alle ihre Vorstellungen zur Lösung der real vorhandenen Probleme führen bzw. beitragen. Auch erscheint mir fraglich, ob sie dem Ansturm einer großen (und wachsenden) Koalition standzuhalten vermögen, die nach dem starken Staat ruft und dabei unter anderem und nicht zuletzt alle Reformen von Jugendhilfe und Jugendstrafrecht der letzten Jahrzehnte rückgängig machen will. Die Verfechter autoritärer Staatsvorstellungen fordern hier vor allem: die Herabsetzung der

Strafmündigkeitsgrenze von 14 auf 12 Jahre, die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende, Strafziele, die mehr an Sicherung, Abschreckung und Schuldausgleich orientiert sind, geschlossene Heime. Ihnen fehlt im Hinblick auf abweichendes Verhalten Jugendlicher jede Art von Fragestellung, sie wollen von einem Warum nichts wissen, ihre einzige Antwort ist Gewalt.

Demgegenüber liegt den Positionen aus dem Reformlager die Frage nach dem Warum zugrunde, und das unterscheidet sie grundlegend. Die von ihnen gestellte Frage lautet ungefähr: *Warum werden (immer mehr) Jugendliche kriminell?* Die Fragestellung schränkt jedoch die Möglichkeiten zur Behandlung der Konflikte ein bzw. zielt in eine bestimmte Richtung. Sie erlaubt es zwar, einige gesellschaftliche Probleme in den Blick zu nehmen, die Verschärfung der sozialen Gegensätze, Jugendarbeitslosigkeit, Konsumdruck, elterliche Gewalt usw. Dadurch kommt sie zu Vorschlägen, die teilweise unterstützt werden können und müssen.

Aber sie erklärt den Zusammenhang zu abweichendem Verhalten schon nicht mehr. Viele Jugendliche leben in Armut, sind arbeitslos, werden von ihren Eltern geschlagen ..., ohne in die Polizeistatistiken oder vor den Jugendrichter zu geraten. Zur Lösung fallen den Vertretern dieser Fragestellung im wesentlichen präventive Maßnahmen ein. Die aber zielen wenigstens teilweise – und zum nicht kleinen Teil – darauf, die staatlichen Zuständigkeiten auszuweiten und vorzu-

verlagern und das Netz der Kontrolle über ganze Gruppen der Bevölkerung (Verstärkung der Polizeipräsenz in „problematischen“ Stadtteilen, in Schulen) dichter zu knüpfen.

Demgegenüber schlägt eine kleine, fortschrittliche Minderheit in der Fachdiskussion eine andere Fragestellung vor, die einen anderen Blick erlaubt. Diese Fragestellung lautet: *Warum werden Jugendliche kriminalisiert?*

Zum einen berücksichtigt diese Fragestellung, daß die Verletzung von Strafgesetzen weitaus verbreiteter ist, als es die Polizeistatistik aussagt. Man weiß aus der Erfahrung, daß sehr viele Menschen irgendwann schon einmal einen Diebstahl oder Versicherungsbetrug begangen haben oder auch eine Körperverletzung oder etwas anderes, ohne daß dies je aufkam. Ganz zu schweigen davon, daß bestimmte Deliktgruppen wie Wirtschafts- oder Umweltkriminalität im Verhältnis zu ihrem Auftreten und zu dem Schaden, den sie anrichten, kaum ins Visier staatlicher Ermittlung geraten. Der Soziologe Fritz Sack sagte dazu³: „Steigen in einem nicht zynische Gedanken auf, wenn wir uns beispielsweise die vom Strafgesetz und seinen Institutionen angelieferten Straftaten und Straftäter ansehen und sie vergleichen mit denjenigen, von denen wir auch wissen, daß sie Straftaten begehen, Normen verletzen, aber nie in der staatlichen Buchhaltung, nie in den Werkstätten der Kriminologie irgendwie auftauchen und zu sehen sind?“

Die Fragestellung, warum Jugendliche kriminalisiert werden, ermöglicht ein anderes

Verständnis des Konflikts und damit auch einen anderen Umgang damit: Der hauptsächliche Widerspruch liegt demzufolge nämlich nicht mehr zwischen der Kriminalität einzelner und der Normentreue einer großen Mehrheit, die den Staat zum Strafen legitimiert.

Denn zweitens rückt diese Fragestellung die verantwortlichen Institutionen (nicht zuletzt die staatlichen selbst) ins Zentrum der kritischen Betrachtung. Sie trägt der Tatsache Rechnung, „daß hinter den so vermessen Handelnden, hinter den Tätern, daß hinter denen andere Handelnde stehen, daß Täter hinter den Tätern sind, daß mit anderen Worten Verknüpfungen vorhanden sind zwischen den dem Strafrecht und der Kriminologie zu Gesicht kommenden Taten und Tätern und den Handlungen



und Handlungsarenen, die nie im Blick des Strafrechts und der Kriminologie sind“⁴

In den wahrscheinlich allermeisten Fällen haben Jugendliche, die vor Gericht landen, einen langen Weg der Ausgrenzungen, Abschiebungen hinter sich, die sie als Gewalt, als Zerstörung ihrer Lebensperspektiven erfahren, durch die Schule, durch den Arbeitsmarkt ... Es ist z.B. dringend erforderlich, sich mit den Selektionsmechanismen des Schulwesens auseinanderzusetzen. Die rabiatischen Sparmaßnahmen im Bildungswesen tragen erheblich dazu bei, die soziale Auslese, die neben und in Verzahnung mit der rassistischen Aussonderung von Kindern ohne deutschen Paß immer funktioniert hat, mit der Verschärfung der sozialen Gegensätze in der Gesellschaft noch zu steigern. (Womöglich ist die dadurch erfahrene Gewalt noch viel gewalttätiger und prägnanter als die Gewalt prügeln-der Väter.) Die Zusammenarbeit der Polizei mit der Schule etwa, die der baden-württembergische Polizeipräsident als präventive Maßnahme vorschlägt, trägt eher dazu bei, die Außenseiterrolle von Jugendlichen zu festigen, als sie etwa aufzuheben. Ins Abseits gedrängte Jugendliche haben mit Sicherheit keine Chance, mit Normverletzungen durchzukommen. Das Strafrecht selektiert. Im Unterschied zu anderen werden sie ziemlich unweigerlich von der Polizei erwischt und landen vor dem Richter und womöglich im Heim oder Gefängnis, werden erneut und weiter ausgegrenzt und stigmatisiert. Dabei ist völlig klar, daß solcher Ausschluß die Fähigkeit, im Leben klar zu kommen, Eigenverantwortung und die Fähigkeit der Partizipation zu entwickeln, nicht fördert, sondern eher gänzlich zerstört.

Diese Ausweitung der Fragestellung, die die *gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen der Ausgrenzung und Gewalt* kritisch mitbetrachtet, erlaubt es schließlich m.E. in ganz anderen Maße, die betroffenen Jugendlichen bei der Behandlung des Konflikts als Subjekte wahr- und ernstzunehmen, statt als Objekte staatlichen Erziehungs- und Strafanspruchs.

Wie mit Jugendkriminalität umgehen ?

Alles deutet darauf hin, daß die Verfechter des autoritären Staates aus der CDU/CSU, aber auch aus der SPD die Frage der „Jugendkriminalität“ – und wie darauf zu antworten sei – zum Thema des Bundestagswahlkampfes machen. Das heißt, sie legen dem saturierten Teil der Gesellschaft demagogisch die Frage vor, wie man sich am besten gegen die Verlierer dieser Gesellschaft schützt, man kann es auch anders ausdrücken: Wie sich die gegenwärtige Generation am wirkungsvollsten vor der zukünftigen schützt. Denn unter anderem brutalisiert die reaktionäre Kampagne einen schroffen Generationenkonflikt!

Es gibt in den Fachwissenschaften, in

der Jugendhilfe und in der Justiz immer noch Kräfte, die grundlegende Gegenpositionen verfechten, auch wenn sie unter starken Druck geraten sind und wenn ihre Positionen in der öffentlichen Debatte kaum und immer weniger zu Gehör kommen. Die politische Opposition sollte darauf achten, was diese Kräfte zu der Frage zu sagen haben, wie mit dem Problem „Jugendkriminalität“ – das durch Bestreiten nicht verschwindet – umzugehen sei.

Der Richter am Landgericht Hamburg Hans Joachim Plewig entwickelte in einem Aufsatz in der Zeitschrift „standpunkt: sozial“ vier Gesichtspunkte, auf denen gegen die aktuelle Entwicklungs-

In einem Aufsatz in „standpunkt: sozial, hamburger forum für soziale arbeit“ (2/97) werden die verschiedenen Positionen in der Frage der Jugendkriminalität über Ursachen, Verantwortung und Lerneffekte so charakterisiert:

„Die konservative Position verlangt ausschließlich individuelle Verantwortung. Über die Stärkung von Ordnungsfaktoren wird wieder mehr Stabilität erwartet. Im übrigen müsse auch die Öffentlichkeit beruhigt werden, indem der Staat sich handlungsbereit zeige.

Im Reformlager stehen sich zwei Richtungen gegenüber: Die einen wollen Staatsanwaltschaft und Präventionsräte stärken. Die anderen bleiben dabei, der Statistik keine Dramatik zu entnehmen, und plädieren für einen Ausbau ambulanter Maßnahmen. Hierfür müsse lediglich der Erziehungsgedanke reformuliert werden.

Die kleine radikale Minderheit, hauptsächlich in der Kriminologie anzutreffen, besitzt ebenfalls zwei Fraktionen:

Die eine verweigert sich jeglicher Praxisunterwerfung (z.B. unter Normen des Strafrechts und Produktionen polizeilicher Statistiken). Sie strebt unter der Flagge des Abolitionismus die Abschaffung totaler Institutionen, aber auch des Strafrechts allgemein an. Danach muß der Staat zurückgedrängt werden.

Die andere Sicht betont die regulierende Bedeutung des Staates. Allerdings dürfe er sich nicht länger dem einseitigen Diktat wirtschaftlicher Interessen unterwerfen. Bei den (strafrechtlichen) Sanktionen sollten Zwecke wie Besserung, Resozialisierung und Erziehung entfallen. Sie dürften nicht länger die Vorbedingung für Lockerungen und Entlassung sein. Die (jugendlichen) Täter bräuchten statt dessen klare, verlässliche Rahmenbedingungen.“

(Hans-Joachim Plewig, *Das Phänomen Jugendkriminalität aus devianz-pädagogischer Sicht*)

richtungen beharrt werden müßte:

„• Eine kritische Gesellschaftstheorie unter Berücksichtigung ökonomischer Gesetze. Der Mensch darf nicht allein nach den Verwertungsinteressen des herrschenden Arbeitsmarktes beurteilt werden.

• Vor dem Hintergrund dieser Strategie sind die Konzeptionen zu unterstützen, die eine realitätsbezogene Integration anstreben ...

• Eingriffe sind aller zweck-rationalen Interessen (wie Besserung, Resozialisierung und Erziehung – scc) zu entkleiden. Wenn WILLY (der kriminalisierte Jugendliche – scc) zur Verantwortung gezogen werden muß, dann wegen nicht tolerierbarer Taten, nicht wegen – vermeintlicher – Defizite in Person, Kindheit und Lebensführung.

• Pädagogisch betrachtet geht es um ‚Lernen‘. Ziele und Mittel angestrebter Lernprozesse müssen realitätsbezogen sein und humanen Kriterien entsprechen (Grundrechte, z.B. Würde der Person). In einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz und Vorteilssicherung aus ist, in der Arbeit und damit gesicherte Zukunft immer unsicherer werden, sind positive Wirkungen kaum zu erwarten. Folglich folgt WILLY zunehmend den herrschenden Gesetzen, denen von ‚Gewalt‘ in allen Formen.“ (2/97) scc

1 Allerdings sollten auch die Angaben über wachsende Gewalt bei Jugendlichen vorsichtig gelesen werden. Zumindest zu einem Teil löst sich der Anstieg auf als geänderte Wahrnehmung. So werden Jugendliche, der vor Jahren als „drogenabhängig“ wahrgenommen wurden, heute oft als „gewaltbereit“ oder „gewalttätig“ wahrgenommen; so werden Auseinandersetzungen unter Jugendlichen z.B. in der Schule heute oft als „Gewalt“ wahrgenommen, die zum Fall für Polizei und Gerichte wird, während Konflikte gleicher Art in früheren Jahren oft anders wahrgenommen und gelöst wurden. Darauf wird in der Fachdiskussion jedenfalls immer wieder hingewiesen.

2 Der Kriminologe Pfeiffer setzte sich mit anderen in einem Gutachten (Mai 1997) mit der Jugendkriminalität in Hamburg auseinander („Jugenddelinquenz und jugendstrafrechtliche Praxis in Hamburg“), aus dem die Bildzeitung im August Auszüge veröffentlichte. Unbeabsichtigt, aber nicht ohne Grund, wurde das Gutachten im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf als Beweis für ansteigende Jugendkriminalität und zu laschen Umgang damit ausgeschlachtet. In der Zeitschrift Forum für Kinder- und Jugendarbeit, Dez. 1997, weist der langjährige Jugendrichter Achim Katz u.a. nach, daß die Behauptungen über z.B. „zu milde“ Sanktionspraxis des Jugendgerichts und deren angeblicher Verantwortung für den Anstieg von Jugendgewaltdelinquenz pauschalisieren und nicht miteinander zusammenhängende Dinge unzulässig und unverschämt verknüpfen. Er bewertet das Gutachten zusammenfassend als wesentlichen „Teil einer Kampagne vor allem gegen die Jugendgerichtsbarkeit“. (S. 88)

3 Fritz Sack, Staatliches Gewaltmonopol – Garant des Lebensschutzes? Beitrag auf der 2. Öffentlichen Anhörung des Komitees für Grundrechte und Demokratie „Staatliches Gewaltmonopol, bürgerliche Sicherheit, lebenslange und zeitige Freiheitsstrafe“, 4.-6.3.1994 (Zitat aus der Dokumentation mit gleichem Titel)

4 Ebenda

Zum Fall des „schönen Toni“

Im August 1988, also vor fast zehn Jahren, schrieb die tschechische, aber auch die deutsche Presse schon einmal ausführlich über den „Fall Malloth“. Zu dieser Zeit war nämlich der Nazi-Mörder Anton Malloth, der SS-Mörder aus der „Kleinen Festung“ Theresienstadt, aus Italien in der BRD angekommen.

Malloth war nach Jahrzehnten ungestörtem Aufenthalt in Merano von Italien ausgewiesen worden. In der BRD wurde er sofort in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei bezeichnete seinen Gesundheitszustand als „kritisch“, Malloth habe angeblich eine „tödliche Krankheit“. Ein altes, in vielen Fällen von gesuchten Naziverbrechern gern gebrauchtes Standard-Argument.

Kurz nach Malloths Eintreffen in der BRD war es möglich, nähere Informationen zu erhalten sowohl über Malloth selbst als auch über die Umstände, die seine bisherige erfolglose Verfolgung begleiteten. „Anton Malloth ist ein Mörder. Ganz einfach“, erklärte damals Simon Wiesenthal, der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien.

Malloth wirkte als SS-Wärter in der „Kleinen Festung“ Theresienstadt (nicht im Ghetto). Diese diente ab 1940 als eines der Gefängnisse der Prager Gestapo. Die Häftlinge, die dieses Gefängnis überlebten, bezeichneten und bezeichnen Malloth noch heute als einen der brutalsten und gefürchtetsten Wärter. „Trotz seines Spitznamens ‚der schöne Toni‘ war Malloth ein böser und grausamer Mensch mit einem Hang zum Alkoholismus“, sagte 1988 Václav Novák, damals der Leiter der Gedenkstätte in Theresienstadt, über Malloth. „Wenn er getrunken hatte, war er besonders brutal zu den Häftlingen. Gern und freiwillig meldete er sich zu Hinrichtungskommandos.“

Einer der damaligen Häftlinge in der „Kleinen Festung“, Mirko Mareš aus Brno (Brünn), erzählte über Malloth: „Es war offensichtlich, daß Malloth die Leute schlägt und zum Krüppel macht mit sadistischem Genuß. Ich habe gesehen, wie bei der gewöhnlichen Zählung der Häftlinge Malloth dem Jan Kukla aus Příbram mit dem Schlüsselbund alle vorderen Zähne ausschlug. Für nichts hat er einen Priester blutig gedroschen ... Malloth war sehr oft betrunken und hat sich freiwillig zu Hinrichtungen gemeldet. Über das Eigentum der Hingerichteten hat er dann mit den anderen SS-Leuten gerauft. Ich habe beobachtet, wie er einmal den Gürtel eines erschossenen tschechischen Gendarmen ‚erkämpft‘ hat.“

Anton Malloth hat an Hinrichtungen und Folterungen sowohl der gefangenen sowjetischen Soldaten als auch der Juden und tschechischen Widerstandskämpfer teilgenommen. In einer Zeugenaussage steht: „Im Februar 1945 mußten die Juden aus der Zelle Nr. 44 auf den sogenannten vierten Hof der ‚Kleinen Festung‘ vor der Gruppe der Wärter, wo auch Malloth war, antreten. Die Wärter haben ihnen Brot hingeworfen, und als die hungrigen Häftlinge sich auf das Brot stürzten, prügeln die Wärter sie mit Stöcken und stampften buchstäblich auf ihnen herum. Die Folge war, daß drei Häftlinge getötet wurden.“

Malloth mordete sogar noch im Mai 1945. Auf Weisung der Prager Gestapo haben die Nazis in der „Kleinen Festung“ am 2. Mai 1945 54 tschechische, vor allem junge Widerstandskämpfer erschossen. Unter den Henkern war auch der „schöne Toni“.

Nach dem Krieg flüchtete Malloth. Drei Jahre später verurteilte ihn ein Sondergericht in Litomerice (Leitmeritz) in Abwesenheit zum Tode.

In den sechziger Jahren war in der Tschechoslowakei die Regierungskommission für die Verfolgung der Kriegsverbrecher gegründet worden. Diese Kommission löste die 1945 entstandene Tschechoslowakische Kommission für die Verfolgung der Kriegsverbrecher ab. Die Regierungskommission übergab 1971 alle Materialien über Anton Malloth an die BRD.

Noch einmal zurück zu dem schon erwähnten Jahr 1988. Damals gab der Tschechoslowakische Verband der antifaschistischen Kämpfer (CSPB) zum „Fall Malloth“ eine Erklärung ab, in der u.a. stand: „Der CSPB strebt seit Jahren nach einem Europa ohne Kriege, Gewalt, Faschismus und Rassismus, und seine internationale Autorität setzt er für die Bildung eines solchen Europa ein, wo wir alle unter einem europäischen Dach glücklich leben können ... Die Vorstellung über ein gemeinsames Leben in einem Haus mit Verbrechern wie Malloth, der brutal und mit offensichtlichem Vergnügen unsere Väter, Mütter und Geschwister mordete nur deshalb, weil sie tschechisch sprachen, oder nur deshalb, weil sie den David-Stern auf der Brust trugen, widerspricht uns, ja ekelt uns direkt an. Deshalb fordern wir die BRD-Regierung auf, auf deren Gebiet sich der Verbrecher Malloth befindet, im Interesse der Bildung oder Verbesserung der Beziehung zwischen unseren beiden Nationen, den Malloth vor Gericht zu stellen und gerecht zu bestrafen. Wir fordern auch, daß die Ämter oder die Einzelpersonen, die Anton Malloth jahrelang gedeckt haben, zur Verantwortung gezogen werden.“

Das war vor fast zehn Jahren. So lange dauert offenbar der „kritische Zustand“, für den damals Anton Malloth ins Krankenhaus geschickt wurde ...

e.h.



„Ich hatte ein erfülltes Leben!“

Ein Gespräch mit Heinz Priess, Spanienkämpfer, über sein Buch „Spaniens Himmel und keine Sterne“

Heinz Priess ist einer der rund 5 000 deutschen Freiwilligen, die in den 30er Jahren der spanischen Republik gegen die faschistischen Kräfte unter General Franco zu Hilfe eilten.

1915 in Hamburg geboren, erlebt er mit seiner Familie 1923 den „Hamburger Aufstand“ der KPD. 1927 darf der 12jährige Schüler drei Monate lang die Sowjetunion besuchen. Es folgen stürmische Jahre in der kommunistischen Jugendbewegung in Hamburg, Jahre des Kampfes gegen den aufkommenden Faschismus. 1933 wird Heinz Priess erstmals von den Nazis drei Monate verhaftet. Nach der Haftentlassung nimmt er den illegalen Widerstand wieder auf. 1934 flieht er nach Dänemark, von dort 1936 nach Spanien, wird Mitglied der Internationalen Brigaden, Politkommissar des 2. Bataillons, genannt Hans-Beimler-Bataillon.

Er trifft viele bekannte Kommunisten, Ernst Buschmann, Heinz Hoffmann, später DDR-Verteidigungsminister (Kriegsname in Spanien: Heinz Roth), Erich Mielke, Franz Dahlem.

Nach dem Fall der spanischen Republik wird Priess mit anderen Interbrigadisten (darunter Hermann Axen, Luigi Longo, Paul Merker, Arthur Koestler, Gustav Regler, Friedrich Wolf) in Frankreich inhaftiert. 1943 gelingt ihm die Flucht aus dem französischen Gefängnis, er geht zur Resistance.

Anfang 1944 ist er Leiter der Militärkommission der Bewegung „Freies Deutschland“ und verhandelt u.a. mit der provisorischen französischen Regierung unter De Gaulle und dem US-Geheimdienst OSS über die Rückkehr von deutschen Widerstandskämpfern zum Kampf gegen Hitler nach Deutschland. Nach Kriegsende kehrt er über die Schweiz nach Deutschland zurück. In Hamburg wird er 1949 Chefredakteur der „Hamburger Volkszeitung“. Ein Jahr später verurteilt ihn ein Hamburger Gericht wegen „Beleidigung“ des Hamburger Bürgermeisters Max Brauers zu 2 Monaten Haft. Doch bevor das Urteil rechtskräftig ist, gerät Priess im Rahmen einer „Parteisäuberung“ erstmals in Mißkredit wegen seiner Kontakte zu Amerikanern und Franzosen sowie zum „Agenten“

Noel Field in der Schweiz. Im Juli 1951 wird er aller Funktionen in der Partei entbunden, als Chefredakteur abgesetzt und in die DDR geholt, wo er in Leipzig im Rundfunk eine Stelle übertragen bekommt. Im gleichen Jahr reicht die Bundesregierung unter Adenauer vor dem Verfassungsgericht den Antrag auf Verbot der KPD ein. Fünf Jahre später, als das Gericht das KPD-Verbot verkündet, übernimmt Heinz Priess die Leitung des „Freiheitssenders 904“, wo er 13 Jahren lang, bis 1969, Propaganda für die verbotene KPD in die Bundesrepublik hinein leistet.

Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR 1968 führte nach eigenem Schildern zum inneren Bruch mit der SED, die verbleibende Arbeit als Redakteur verrichtet er nur noch pflichtschuldig. Nach der Pensionierung 1975 wird er Vorsitzender der Sektion ehemaliger Spanienkämpfer der DDR und Mitglied des Präsidiums des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, nach 1989 schließlich einer der Mitbegründer des „Interessenverbands ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebene“ IVVDN.

Das alles schildert der Autor in einem humorvollen, selbstkritischen und lebendigen Stil, was schon allein das Buch lesenswert macht.

Eingestreut in diesen Lebensrückblick sind immer wieder kritische Anmerkungen und selbstkritische Schilderungen des eigenen Verhaltens bei innerparteilichen Auseinandersetzungen, RGO-Diskussionen in der Hamburger KPD vor 1933, Diskussionen unter den Spanienkämpfern, in der KPD der Nachkriegszeit, in der DDR, Kritik an der über die Jahre immer unglaublicher werdenden Propaganda der SED („Wir wurden Opfer der eigenen Propaganda“), an innerparteilichen Intrigen mit jahrzehntealten „Kaderakten“ usw.

Am Ende schreibt Heinz Priess: „War darum mein Leben als Kommunist sinnlos? Zu einem solchen Schluß kann nur kommen, wer die Geschichte entweder als einen linearen Prozeß betrachtet, bei dem sich alles gesetzmäßig vom Niederen zum Höheren entwickelt, oder wer die Entwicklung der Menschheit als zufällig und chaotisch empfindet. Beide Sichtweisen sind nicht die meinen. Deshalb, glaube ich, ist es keine Rechtfertigung und keine Lebenslüge zu behaupten, daß das kommunistische Experiment zwischen 1917 und 1990 historisch notwendig und legitim gewesen sei. Trotz aller Dummheiten und Verbrechen: Es hat sich gelohnt. Und darum sage ich mit begründeter Bitterkeit und trotz Enttäuschung: Ich hatte ein erfülltes Leben!“

Das Gespräch

Du sagst, die Zeit in Spanien sei die reichste Zeit deines Lebens gewesen. Warum?
Ich meine, daß meine Erlebnisse in Spa-

nien mit Gleichgesinnten aus vielen Nationen, für mich eine Begegnung war, die ich als eine große Chance gesehen habe, Menschen kennen zu lernen, die gleiche Ideale hatten. Wir waren wie Brüder, die im gemeinsamen Kampf standen. Dieses Erlebnis hatten wir mit vielen Vertretern anderer Nationen, z.B. mit den Franzosen. Unsere Väter hatten noch 20 Jahre vorher sich in Schützengräben gegenübergelegen und sich gegenseitig umgebracht. Nun standen wir in Spanien gemeinsam gegen den Faschismus.

Das waren Erlebnisse, die ich nie missen möchte. Ich habe dabei viel gelernt über andere Völker, andere Kulturen, auch von Menschen, die von weither kamen. Mit uns kämpften ja sogar Angehörige aus China, Kubaner, Intellektuelle aus Amerika usw.

Hinzu kam die Begegnung mit der spanischen Bevölkerung. Ich kann es schwer beschreiben, das Gefühl, das einen befällt, wenn man in ein Dorf kommt, in eine Stadt und überall auf demonstrative Sympathie stößt, auf Gesten der Ehrung für uns, weil wir bereit waren, freiwillig an der Seite der spanischen Bevölkerung zu kämpfen, um die Franco-Faschisten zu besiegen. Das waren Erlebnisse, die trotz der Schwere des Krieges und des Kampfes an der Front uns Mut machten, das Beste zu geben, um die Aufgabe zu lösen, die uns dort gestellt war.

Im Verband der Spanienkämpfer hast du während deiner Zeit als Vorsitzender versucht, die parteioffizielle enge Sicht des spanischen Bürgerkriegs etwas zu korrigieren. Worin bestand das und was ist daraus heute geworden?

Die Spanienkämpfer sind in der DDR immer mehr instrumentalisiert worden für die Staatsdoktrin. Wir hatten vier oder fünf ehemalige Spanienkämpfer im Politbüro der SED. Spanienkämpfer waren zu Offizieren der Nationalen Volksarmee geworden und die Spanienkämpfer waren nach der Geschichtsdarstellung Teil des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus, für den Sieg der Arbeiterklasse.

Das war eine weitgehende Einengung der Rolle der Internationalen Brigaden in Spanien. In Spanien ging es nicht um die Macht der Arbeiterklasse, um die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, sondern um eine breite antifaschistische Volksfront gegen den Franco-Faschismus. In diesem Geist haben die Internationalen Brigaden ihre Rolle als eine Formation der internationalen Solidarität aller antifaschistischen Parteien und Spektren gehabt.

Auf der anderen Seite wurden die inneren Auseinandersetzungen in Spanien innerhalb der Volksfront, mit den Anarchisten usw., verschwiegen oder sehr einseitig dargestellt – Konflikte, die ja in Spanien bekannt waren, in der Literatur in anderen Ländern auch immer wieder auftauchten.

Hinzu kam noch, man hat uns in eine

Heinz Priess



Spaniens Himmel und keine Sterne

edition ost

Rolle gedrängt, die wir nicht spielen konnten. Wir wurden dem Volk als unbefleckte Helden vorgestellt, als heroische Kämpfer für den Sozialismus.

In meinen Vorträgen und Referaten über den spanischen Bürgerkrieg habe ich dagegen versucht, auch die Probleme anzusprechen, die Rolle der Anarchisten zu erklären und vor allem uns als Menschen darzustellen, die sich einreihen in die Front gegen den Faschismus, aber dabei Menschen mit unterschiedlichem Charakter und mit menschlichen Eigenschaften blieben, Menschen, die außer zu kämpfen auch noch anderes taten in Spanien.

Du schilderst die DDR als eine Gesellschaft, die zumindest in den ersten Jahren auf breite Zustimmung in der Bevölkerung traf. Diese Zustimmung ging im Laufe der Jahre immer mehr verloren. Was waren für dich – im Rückblick – wichtige Stationen bei diesem Verlust an Glaubwürdigkeit?

Natürlich war es nach 1945 der Wunsch der Mehrheit der Menschen in Deutschland und in diesem Falle in der DDR, mit der alten Ordnung endlich Schluß zu machen. Das hieß: Bruch mit der unsäglichen militaristischen Vergangenheit Deutschlands, das Schuld an zwei Weltkriegen trug, Schluß mit einer Politik der Expansion und der Aggression gegen andere Völker. Das Ziel auch der Kommunisten war ja damals in erster Linie die Schaffung einer antifaschistischen, demokratischen Republik, in der die Dinge, wie sie zum Teil auch im Potsdamer Abkommen festgelegt waren, realisiert werden konnten.

Diese Akzeptanz in der Bevölkerung wurde in der DDR nach und nach gespielt. Das begann schon Ende der 40er,

Anfang der 50er Jahre mit der Verfolgung von Leuten, die politisch anders dachten und agierten, das vollzog sich weiter in der Gleichschaltung der Parteien in den Block der Nationalen Front, das zeigte sich bei den Wahlen, die auch im Ansehen der Bevölkerung eine Farce waren, in der Gleichschaltung der Presse, in der einseitigen Propaganda. Natürlich spielte der Kalte Krieg in dieser Zeit eine Rolle. Aber das entschuldigt nicht den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten.

Von besonderer Bedeutung für uns war dabei Anfang der 50er Jahre die Verfolgung von Kommunisten, die in der westlichen Emigration, in Frankreich und in der Schweiz angeblich mit imperialistischen Agenturen und Spionageorganisationen zusammengearbeitet haben sollten. In dieser Zeit wurden führende Funktionäre der früheren KPD ihrer Funktionen enthoben, es kam zu einer Verfolgung von Funktionären in einem Ausmaß, das erst Jahre später, erst heute in diesem Ausmaß wirklich bekannt wurde.

All die Dinge führten zu einem ernststen Defizit an Freiheit und demokratischen Rechten, so daß es in der Bevölkerung immer weniger Zustimmung zu dem gab, was Partei- und Staatsführung propagierten.

Für uns als Spanienkämpfer war besonders einschneidend, daß selbst solche Genossen wie Walter Janka, der in Spanien als Bataillonskommandant große Verdienste hatte, daß ein Mann wie Willie Kreigemeier, der in der französischen Emigration sehr viel getan hatte, um Genossen zu helfen, nun verdächtigt wurde, mit Noel Field und anderen Verrat an der kommunistischen Politik begangen zu haben. Das setzte sich dann fort mit den Ereignissen am 17. Juni, den Verhaftungen von Sozialdemokraten usw.

Du sagst, selbst 1968 hättest du nur „die Faust in der Tasche geballt“. Warum? Warum habt ihr nicht früher gegen diesen Kurs Widerstand leisten?

Wir wollten ja diesen Staat! Wir wollten ja eine Republik, die antifaschistisch war und die mit den reaktionären Traditionen der Deutschen brach und endlich ein Deutschland aufbaute, das demokratisch, friedlich und sozial gerecht sein soll. Dazu haben wir uns bekannt und darüber haben wir in der Emigration immer wieder diskutiert. Wir haben geträumt von einem Deutschland der Freiheit, der Demokratie und der Völkerverständigung. Wir wollten diesen Staat, der hier nun einmal unter der Hoheit der sowjetischen Macht entstanden war, so gestalten, wie wir uns das in unseren Träumen vorgestellt hatten.

Das waren die Ursachen, warum wir nicht in den offenen Widerstand gegangen sind, sondern geglaubt haben, dass das alles eine Angelegenheit der Führung

ist. Einer falschen Führung, die sicher bald abgewählt werde oder schon aufgrund ihres Alters durch eine jüngere, bessere Führung ersetzt werden müsse.

Es ist natürlich berechtigt, zu sagen, wer hätte denn diesen Widerstand leisten sollen, wenn nicht die ehemaligen Widerstandskämpfer? Aber das hängt eben auch mit unseren inneren Konflikten zusammen, daß wir nicht gegen diesen Staat kämpfen wollten. Wir wollten diesen Staat verbessern, demokratisieren und, wie die Tschechen einmal gesagt haben, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Das war unsere Illusion, und dazu müssen wir uns auch bekennen.

Im vergangenen Jahr haben alle Parteien des spanischen Parlaments beschlossen, den noch lebenden Mitgliedern der „Internationalen Brigaden“ die spanische Staatsbürgerschaft anzubieten – als späte Ehrung für ihren Kampf zur Verteidigung der spanischen Republik gegen Franco. Wie behandeln eigentlich die bundesdeutschen Behörden deine Spanienzeit?

1996 haben alle Parteien des spanischen Parlaments die letzten noch lebenden Mitglieder der ehemaligen Internationalen Brigaden geehrt, indem sie ihnen die spanische Staatsbürgerschaft angetragen haben. Auch die französische Regierung hat 1996 eine offizielle Ehrung der ehemaligen Spanienkämpfer aus Frankreich vorgenommen.

Einzig und allein in der Bundesrepublik gibt es nicht nur eine Distanz zu uns, sondern eine Diskriminierung in Form von Verweigerung von Wiedergutmachungsrenten. Mein Mitkämpfer und Freund Ernst Buschmann, der letzte Kommandeur des Bataillons Edgar André in Spanien, hat bis zu seinem Tode nicht erreichen können, daß er auch nur eine geringe Wiedergutmachung erhält als antifaschistischer Kämpfer. So ging es vielen ehemaligen Spanienkämpfern. Sie wurden stattdessen diskriminiert. Und das schlimmste ist, daß die Legion Condor, die ja mit einer Brutalität sondergleichen Guernica dem Erdboden gleichgemacht hat, die mit ihren Bombardements über Madrid, Barcelona und anderen Städten Schrecken und Tod über die Bevölkerung gebracht hat, die aktiv beteiligt war an den faschistischen Greueln, an der Vernichtung von Dörfern und Städten, heute noch mit ihrem Offiziersrang unter Anrechnung des spanischen Bürgerkriegs hohe Pensionen bezieht. Wir haben doch selbst erlebt, wie die Legion Condor ohne Vorwarnung und ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung Städte wie Madrid und andere bombardiert und die Häuser in Schutt und Asche legte. Und nun beziehen diese Leute ihre Pensionen und wir erhalten bis heute nichts!

Heinz Priess, Spaniens Himmel und keine Sterne, Berlin 1996, 336 Seiten, Preis 24,80, ISBN 3-929161-79-6.

Antifaschistische Demonstration in Dresden

Die NPD/JN formiert sich in Sachsen ...

1998 steht im Zeichen des Wahlkampfes. In Sachsen, dem mitgliederstärksten Landesverband der NPD, ist es erklärtes Ziel der NPD, kommunale und landesweite Mandate zu gewinnen. Über zwei Großereignisse will sich die NPD/JN profilieren: eine bundesweite Nazidemo im Januar gegen die Wehrmachtsausstellung sowie die Thematisierung der sozialen Frage von Rechts am 1. Mai 1998. ... Bereits am 15.11. begann die NPD ihre Kampagne mit einer Vortragsveranstaltung mit Wolfgang Juchem als Referenten, zu der ca. 80 junge Neonazis kamen. Eingeladen hatte der NPD-Kreisverband Dresden/ Meißen, in Person von Matthias Paul (Kreisverbandsvorsitzender und Landesvorstandsmitglied der NPD). Höhepunkt der Kampagne soll eine Großdemonstration am 17. Januar werden. ...

Naziaufmarsch verhindern!

Deshalb rufen wir, das „Dresdner Bündnis gegen rechts“, für den 17. Januar zu einer bundesweiten antifaschistischen Demonstration unter dem Motto „Verbrechen lassen sich nicht leugnen“ auf. Wir wollen versuchen, durch eine komplette Abdeckung der Innenstadt und aller wichtigen Plätze den Naziaufmarsch unmöglich zu machen. Organisiert wird diese Demonstration vom „Dresdner Bündnis gegen rechts“, einem Zusammenschluß aus Gewerkschaften, Parteien, Einzelpersonen und Antifagruppen. ...

Dresdner Bündnis gegen rechts: Informationen über Infoladen Dresden, Louisenstr. 93, 01099 Dresden, Tel./Fax 0351/8045444, eMail: INFO Laden-Dresden Link-DD.cl.sub.de. Aktuelle Informationen über: <http://www.antifa.net/venceremos>

17. Januar 1998, 11 Uhr, Dresdner Schloßplatz (Nähe Semperoper) s.a. Seite 15 dieser Ausgabe

8. bis 11. Januar: Bundesweiter studentischer Basiskonferenz in Berlin.

10. Januar: Bundesweite Demo „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ - Protest gegen die derzeitige Bildungs- und Gesellschaftspolitik. 18 Uhr, Berlin, Brandenburger Tor

10./11. Januar: Grüner Länderrat, u.a. mit Beratung über Bundestagswahlprogramm

30./31. Januar: „Historiker Impuls“ gegen Geschichts-Revisionismus in Kassel. Veranstalter sind u.a. IVVDN, BdA, Jenaer Forum, BdWi, Rosa-Luxemburg-Gesellschaft Leipzig, Gedenkstättenverband Berlin, Hamburger Institut für Sozialforschung, div. Asten u.v.a.m. Infos bei VVN/BdA.

17. Januar: Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Anmeldung unter 0228/211658 Köln.

24. Januar: Koordinierungsrat der AG Betriebe und Gewerkschaften berät in Magdeburg über Wahlprogramm der PDS.

Februar: Bundesweiter Ratschlag des Erfurter Appells in Bochum.

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen.

6.-8. März: Grüne BDK in Magdeburg verabschiedet Bundestagswahlprogramm

14./15. März: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in Bremen

14./15. März: Frühjahrstagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

17./18. März: An verschiedenen Orten finden um diese Tage herum Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 statt.

22. März: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

30. März: Eröffnungskonferenz in London für die EU-Osterweiterung

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm.

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

2./3. Mai: EU-Konferenz entscheidet Teilnehmerkreis der EU-Währungsunion ab 1.1.1999

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstiftenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigererkongreß. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahl in Brandenburg

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“.

Regionales West und Ost wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart